



Dr. 23.

XX. Jahrgang, I. Band.

1901-1902

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein zärtlicher Sohn.

✠ Berlin, 5. März 1902.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags ist eine Frage angeschnitten worden, die in dem Kampfe um den Zolltarif zwar schon lange eine Rolle gespielt, aber bisher kaum eine erschöpfende Erörterung gefunden hat, die Frage nämlich, ob der Brotwucher und was damit zusammenhängt, die Stellung des Deutschen Reiches innerhalb der internationalen Politik zu kompromittieren geeignet ist.

Wenn wir meinen, daß diese Frage kaum schon die verbiente Würdigung gefunden hat, so trifft die Schuld daran allerdings nicht die Gegner des Zolltarifs, und zwar aus zwei Gründen nicht. Erstens ist der nächste, wichtigste und für sich allein vollkommen genügende Grund gegen den Tarif, daß er die eigene Nation auspowert, und zweitens ist für jeden Menschen, dem die normale Funktion seiner fünf Sinne nicht durch die auri sacra fames, durch den verfluchten Hunger nach Gold, gestört ist, ohne alle weitläufige Auseinandersetzung klar, daß wenn das Deutsche Reich aller Welt den wirtschaftlichen Krieg ansagt, auch seine politischen Beziehungen zu aller Welt getrübt werden.

Wer das Gegenteil behauptet, wer den handgreiflich sinnlosen Satz aufstellt, daß man wirtschaftlich aller Welt ins Gesicht schlagen, und zugleich politisch mit aller Welt in herzlichster Freundschaft leben könne, ist seinerseits beweisfällig. Diesen Beweis hatten die Brotwucherer bisher höchstens mit allerlei mysteriösen Anspielungen auf die angeblichen Ansichten des ehemaligen Fürsten Bismarck zu führen versucht: der Sohn dieser „Autorität“, der gegenwärtige Fürst Bismarck, hat nun aber gestern im Reichstag „urkundliche“ Sätze beigebracht, in denen der alte Bismarck allerdings behauptet, daß wirtschaftliche und politische Fragen nicht miteinander vermengt werden dürften, da sie in keinem Zusammenhang ständen. Erwiesen ist damit jedoch nur, daß der gegenwärtige Fürst Bismarck noch immer sehr erfolgreich ist in seinem alten bekannten Bemühen, das Andenken seines Erzeugers in Grund und Boden zu ruinieren.

Damit nicht genug, so schlägt er auch gleich die ganze altpreussische Politik kurz und klein. Diese Politik wäre nämlich wirklich nur das, als was sie so oft angeklagt worden ist: eine fortlaufende Kette von Mähereien und Verräthereien, wenn politische und wirtschaftliche Fragen unabhängig voneinander sein

sollen. Ihren einzigen rationellen Grund, ihre einzige historische Rechtfertigung hat sie darin, daß wirthschaftliche Unbill gewaltsam abgewehrt werden darf. Wir lehnen ausdrücklich die Annahme ab, als ob wir aus dem Gedankengang des historischen Materialismus heraus debuzirten. So edle Waffen braucht man gegen die Brotwucherer nicht erst anzuwenden. Vielmehr ist sich auch die bürgerliche Geschichtschreibung längst darüber klar, daß die sogenannten Kabinettskriege des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts ihrem Wesen nach Handelskriege gewesen sind, und sie hat damit wirklich einen wissenschaftlichen Fortschritt gemacht über die Zeit hinaus, wo der alte Schlosser noch mit moralischer Entrüstung über die Nachlosigkeit der Fürsten schalt, die jene Kriege aus reinem Uebermuth angezettelt hätten.

Speziell die preussischen Kriege des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, vom „großen Kurfürsten“ Friedrich Wilhelm bis zum „großen“ Könige Friedrich hatten in letzter Instanz einen wirthschaftlichen Grund, ohne den sie gewiß Räubereien der ärgsten Art gewesen wären. In ihnen wurden die Zollschranken niedergebroschen, die der Mark Brandenburg an den pommerischen und den schlesischen Grenzen die Lebensader unterbanden. Wie der „große“ Kurfürst um den oberen, so hat der „große“ König um den unteren Lauf der Oder sein Lebenlang gekämpft. Aus der Fülle des urkundlichen Materials sei hier nur ein Schriftstück hervorgehoben, das dem alten Frits, da er noch jung war und seine bekannte Gast in der Festung Küstrin abbückte, die Eroberung Schlesiens aus wirthschaftlichen Gesichtspunkten mundgerecht machte. Das Dokument ist von dem Kammerdirektor Hille abgefaßt und führt aus, wie die Stadt Frankfurt a. O., der Mittelpunkt des brandenburgischen Handels, vor Alters die Levantewaaren über Venedig und Augsburg erhielt, und der große Stapelplatz für Polen, die Mark selbst, Preußen, Pommern und Mecklenburg war, wie aber in Folge der Entdeckung des Seewegs nach Ostindien die Erzeugnisse des Orients mit den nordischen und baltischen Waaren „zu Einem Boche“, durch die Nordsee und Ostsee, nach Deutschland eingeführt wurden, wie dadurch die Stadt Frankfurt ihr altes Hinterland, das Ostseegebiet verlor, den Verlust aber durch die „Oberländer“, Schlesien, Böhmen u. s. w., denen jetzt aus Italien Nichts mehr zugeführt wurde, eine Zeit lang ausglich.

Bis dann die Fahrt auf der unteren Oder durch die Mißgunst der pommerischen Herzoge und ihrer schwebischen Rechtsnachfolger immer ärger behelligt wurde, während die Anlage des neuen Grabens, die Eröffnung des Spree-Ober-Kanals, durch welchen den Stettinern ihr Handel „aus den Händen gebreht werden“ sollte, doch nur den ganzen Handel zwischen der Oder und der Nordsee an die durch die niedrigen Sätze der sogenannten Krossenschen Zollrollen (von 1678 und 1691) all zu sehr begünstigten Schlesier brachte und die Konkurrenz der Einheimischen völlig ausschloß. Hille zieht dann die Nußanwendung, „daß kein rechtschaffener Handel in der Mark Brandenburg zu hoffen sei, so lange die Schlesier von ihrem Immediathandel durch dieselben nicht debuziquirt sind, welches, wie es zu effectuiren, man höheren und klügeren Männern einfach überläßt.“ Nun, dieser „höhere“ und „klügere“ Mann zu werden, entschloß sich der junge Friedrich sofort, als er die Denkschrift Hilles studirte. Er schrieb damals: „Ich sitze jetzt bis über die Ohren in meinem schlesischen Handel, und er macht mich so zerstreut, daß wenn man mich fragt, ob ich Senf zum Rindfleisch haben will, ich im Stande bin zu antworten: Sehen Sie in die Zollrolle nach. Ja, das hat was auf sich. Ich kann mich einer Sache nicht halb ergeben; ich muß immer kopfüber hinein.“ So stürzte er sich zehn Jahre später, als er kaum zur Regierung gelangt war, kopfüber in die Eroberung Schlesiens und löste, wie der preussische Historiograph Roser sagt, die Aufgabe der preussischen Handelspolitik

in der durchgreifendsten und einfachsten Art, indem er den Oberstrom in seinem ganzen Laufe dem preußischen Staatsgebiet einfließen ließ.

Insofern hat die preußische Geschichtschreibung ganz recht, wenn sie die Eroberung Schlesiens nicht als den simplen Raub gelten lassen will, den die Mitwelt und Nachwelt vielfach darin gesehen hat. Gewiß hatte Friedrich keine „Rechtsansprüche“ auf Schlesien; was er durch seine Goldschreiber dafür geltend machen ließ, war nur ein Augenverblenden für die ganz Dummten, über das sich der König selbst lustig machte. Aber vom Standpunkt der damaligen „Staatsräson“ ließ sich die Eroberung Schlesiens ganz gut begründen, und erst der gegenwärtige Fürst Bismarck qualifiziert sie als frivolen Raub, indem er behauptet, wirtschaftliche Fragen hätten gar keinen Zusammenhang mit der Politik.

Inzwischen berief er sich auch auf historische Beispiele und sagte, gerade zur Zeit, wo Preußen mit Oesterreich und Rußland in engster politischer Freundschaft gelebt habe, habe es mit diesen Staaten im heftigsten Zollkrieg gestanden. Es ist ungefähr dieselbe Argumentation, als wenn der Kriegsminister dem Reichstag eine neue Militärvorlage mit den Worten empfehlen wollte: Immer munter, meine Herren; denken Sie nur an Jena und die erfrischenden Siege, die wir dort bekommen haben. In der That, die Zeiten, die der Fürst Bismarck als sein politisches Ideal feiert, waren womöglich noch schlimmer als Jena; es waren die dreißiger und vierziger Jahre, wo die russische Grenzplackerei die Provinz Preußen und die österreichische Grenzplackerei die Provinz Schlesien in den Abgrund des Hungers stürzte, und die preußische Regierung für jede klatschende wirtschaftliche Ohrfeige, die sie von Metternich oder dem Zaren Nikolaus empfing, um so demüthiger den politischen Kotau vor diesen Gewalthabern machte, Jahre, über die kein preußischer Geschichtschreiber mehr zu schreiben wagt, ohne daß ihm die Schamröthe in die Wangen steigt. Vielleicht sagt Fürst Bismarck, wir mißverstehen ihn; er wolle ja gerade, daß Graf Bülow jetzt den Metternich oder den Zaren Nikolaus spielen solle. Allein wir verstehen ihn recht gut; wir meinen nur, daß es gegenwärtig keine Regierung in Europa giebt, die sich mit der gleichen Gemüthsruhe ohrfeigen ließe, wie das vormärzliche König- und Junkerthum in Preußen. Man müßte ja auch an jedem Fortschritt der Zivilisation verzweifeln, wenn heute noch solche Regierung möglich wäre.

Gudlich beruft sich Fürst Bismarck auf seinen Vater und bringt uns dadurch in die ungewohnte und unerwünschte Lage, den Macher des Sozialistengesetzes gegen sein eigen Fleisch und Blut zu vertheidigen. Man braucht für das sogenannte „Genie“ des alten Bismarck keine besondere Bewunderung zu hegen, aber er hätte seine praktischen Erfolge niemals erreicht, wenn er nicht wenigstens zeitweise und bis zu einem gewissen Grade den untrennbaren Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft sehr gut begriffen hätte. Seine historische Leistung ist ja eben, aus den wirtschaftlichen Voraussetzungen des deutschen Zollvereins die politischen Konsequenzen gezogen zu haben, so gut oder so schlecht er es verstand. Es ist nur billig anzuerkennen, daß auch die Kennerung, auf die sich jetzt sein Sohn beruft, eine reine Verlegenheitsphrase war, eine Phrase in demselben Genre, worin die vormärzliche Regierung in Berlin exzellirte, indem sie vor Vätern politisch froch, auch wenn er ihr wirtschaftlich einen exquisiten Nasenstüber applizirte.

Im Dezember 1876 hatte der Zar einen Ukas erlassen, wonach von Neujahr 1877 ab die Eingangszölle in Goldmünze zu entrichten seien. Diese Maßregel kam einer beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleich und schädigte die deutsche Industrie in empfindlichster Weise. Am 6. Dezember 1876 interpellirte nun die

Fortschrittspartei im Reichstag, was der Reichskanzler in dieser Angelegenheit zum Schutze der deutschen Industrie zu thun gedenke. Natürlich konnte Bismarck die Schädigung dieser Industrie nicht leugnen, aber er mochte auch nicht sagen: Ja, meine Herren Bourgeois, nachdem wir in holder Gemeinsamkeit durch die „geniale“ Annexion Elsaß-Lothringens Väterchen zum europäischen Schiedsrichter gemacht haben, müssen wir gehorsam schweigen, wenn er uns an der Nase zupft. So ergoß er sich denn in ein wirres Gerede darüber, daß Väterchen trotz solcher kleinen Chikanen der treueste Freund Deutschlands sei; Politik und Wirthschaft hätten Nichts miteinander zu thun; die fortschrittliche Interpellation wolle nur „unser guten und innigen und soliden Beziehungen zu Rußland stören“ und so weiter.

Im Uebrigen wurde die Trivialität dieses Geschwäges noch weit überboten durch seine — nun sagen wir — Unwahrhaftigkeit. Es heißt in der Rede wörtlich: „Die Herren, die diese Trübung unserer Beziehungen zu Rußland zum Bedürfniß haben, sind vom Ziele weit entfernt, denn das Bündniß, das die drei Kaiser auf längere Zeit vereinigt, besteht in voller Wirkung, und ich kann versichern, daß das Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich von jeder Trübung weit entfernt ist. Ich bin vollkommen in der Lage, zu versichern, denn wir sind darüber sehr genau unterrichtet, daß das Dreikaiserbündniß noch heute seinen Namen in vollstem Maße verdient und in voller Stärke besteht.“ So Bismarck am 6. Dezember, also im Winter 1876. Man vergleiche nun damit, was er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ II, 211 sagt: „Im Herbst 1876 erhielt ich in Barzin ein chiffirtes Telegramm unseres Militärbevollmächtigten, des Generals v. Werder, aus Livadia, durch welches er im Auftrag des Kaisers Alexander eine Aeußerung darüber verlangte, ob wir neutral bleiben würden, wenn Rußland mit Oesterreich in Krieg gerieth.“ Aus der weiteren Erzählung Bismarcks geht hervor, daß diese Anfrage schon vor dem 11. Oktober 1876 erfolgte, also etwa zwei Monate früher, als er den Reichstag aus seiner „sehr genauen“ Kenntniß der Dinge versicherte, daß zwischen Oesterreich und Rußland keine Trübung bestehe und das Dreikaiserbündniß in holder Harmonie prange, als er die armen Fortschrittler beschuldigte, durch ihre harmlose Interpellation diese selige Harmonie zu stören. Man möchte fast sagen, daß der gegenwärtige Fürst Bismarck allzu eifrig darum besorgt ist, die „Autorität“ seines Vaters bloßzustellen, durch die öffentliche Erinnerung an dessen Rede vom 6. Dezember 1876, aber die auri sacra fames, der verfluchte Hunger nach Gold, macht die Brotwucherer nun einmal taub und blind.

Deshalb bilden sie sich auch ein, den Volksmassen einreden zu können, eine wirtschaftliche Herausforderung, wie der neue Zolltarif, werde von den anderen europäischen Staaten mit Schafsgeduld hingenommen werden. Allein diese Einbildung täuscht sie; wir fürchten sogar, daß die deutschen Arbeiter nicht einmal den Heroismus zu würdigen wissen werden, womit der zärtliche Sohn Bismarck seinen ehrwürdigen Vater auf dem Altar des Brotwuchers moralisch abschlachtete.

Karl Marx über die Pariser Kommune.

Die beiden Briefe, die wir hier veröffentlichen, wurden von Marx an Dr. Rugele in Hannover gerichtet, einen ergebenen Freund, der ihm mehrfach wichtige Dienste geleistet, namentlich nach dem Erscheinen des ersten Bandes des „Kapital“, als er sich bemühte, die Verschwörung des Todtschweigens durchbrechen zu helfen, der das Werk in der deutschen Wissenschaft anfangs begünstete.

Vor einigen Wochen ist Dr. Kugelmann gestorben, und auch wir betrauern in dem Dahingeshiedenen einen treuen Freund, der für unsere Zeitschrift stets warmes Interesse bekundete. Wir werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Die Briefe, die Marx ihm schrieb, hat er sorgfältig aufbewahrt und sie sind vollzählig erhalten. Die Familie des Verstorbenen hat uns in dankenswerthester Weise gestattet, sie zu veröffentlichen, und wir werden mit dem Abdruck der wichtigsten unter ihnen im nächsten Monat beginnen. Heute aber seien angesichts der kommenden Gedenktag, des Geburtstags der Kommune (18. März), sowie des Todestags von Karl Marx (14. März) schon zwei davon wiedergegeben, die Marx während des Kampfes der Pariser Kommune schrieb. Hat er auch von dieser in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ ausführlich gehandelt, so wird der Werth dieser beiden Zeugnisse dadurch nicht verringert. Wir glauben das Andenken unserer großen Vorkämpfer nicht würdiger feiern zu können, als durch den Abdruck dieser Briefe.

Die Ereignisse, auf die sie sich beziehen, sind bekannt, sie bedürfen also kaum eines Kommentars. Einige Worte, die sich auf unbedeutende persönliche Angelegenheiten beziehen, haben wir weggelassen.

* * *

Lieber Kugelmann,

London, 12. April 1871.

Gestern bekamen wir die keineswegs beruhigende Nachricht, daß Lafargue (nicht Laura) augenblicklich in Paris.¹

Wenn Du das letzte Kapitel meines „Achtzehnten Brumaire“ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen. Welche Elastizität, welche historische Initiative, welche Aufopferungsfähigkeit in diesen Partisanen! Nach sechsmonatlicher Anshungerung und Verwüthung durch inneren Verrath noch mehr als durch den auswärtigen Feind, erheben sie sich, unter preußischen Bajonetten, als ob nie ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland existirt habe und der Feind nicht noch vor den Thoren von Paris stehe! Die Geschichte hat kein ähnliches Beispiel ähnlicher Größe! Wenn sie unterliegen, so ist nichts daran schuld, als ihre „Gutmüthigkeit“. Es galt gleich nach Versailles zu marschiren, nachdem erst Biron, dann der reaktionäre Theil der Pariser Nationalgarde selbst das Feld geräumt hatte. Der richtige Moment wurde versäumt aus Gewissenskrupel. Man wollte den Bürgerkrieg nicht eröffnen, als ob der mischievous avorton² Chiens den Bürgerkrieg nicht mit seinem Entwaffnungsversuch von Paris bereits eröffnet gehabt hätte! Zweiter Fehler: Das Zentralkomitee gab seine Macht zu früh auf, um der Kommune Platz zu machen. Wieder aus zu „ehrenhafter“ Stupulosität! Wie dem auch sei, diese jetzige Erhebung von Paris — wenn auch unterliegend vor den Wölfen, Schweinen und gemeinen Hundern der alten Gesellschaft — ist die glorreichste That unserer Partei seit der Juniinsurrektion. Man vergleiche mit diesen Himmelsstürmern von Paris die Himmelsflaven des deutsch-preußischen heiligen römischen Reiches mit seinen posthumen Maskeraden, duftend nach Kaserne, Kirche, Krantjunkertum und vor Allem Phylisterthum.

¹ Lafargue war von Bordeaux, wo er damals seinen Wohnsitz hatte, nach Paris gegangen, um sich von der Kommune pleins pouvoirs zur Organisirung einer bewaffneten Erhebung in Bordeaux zu holen.

² Boshafte Mißgeburt.

Die Redaktion.

Die Redaktion.

A propos. In der offiziellen Veröffentlichung der direkt aus L. Bonapartes Kasse Subskribten befindet sich die Notiz, daß Vogt 40 000 Francs im August 1859 erhalten! Ich habe dem Liebkecht das fait zu weiterem Verbrauch mitgeteilt. — — —

Dein K. M.

17. April 1871.

Lieber Angelmann,

Dein Brief richtig angekommen. Ich habe in diesem Augenblick die Hände voll zu thun. Daher nur wenige Worte. Wie Du kleinbürgerliche Demonstrationen à la 13. Juni 1849 zc. mit dem jetzigen Kampfe in Paris vergleichen kannst, ist mir völlig unbegreifbar.¹

Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andererseits sehr mythischer Natur, wenn „Zufälligkeiten“ keine Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andere Zufälligkeiten wieder kompensirt. Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen „Zufälligkeiten“ abhängig, unter denen auch der „Zufall“ des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen, figurirt.

Der entscheidend ungünstige „Zufall“ ist diesmal keineswegs in den allgemeinen Bedingungen der französischen Gesellschaft zu suchen, sondern in der Anwesenheit der Preußen in Frankreich und ihrer Stellung dicht vor Paris. Das wußten aber auch die bürgerlichen Kanakillen von Versailles. Eben darum stellten sie die Pariser in die Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letzteren Falle wäre ein viel größeres Unglück gewesen, als der Untergang einer beliebigen Anzahl von „Führern“. Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staate ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch unmittelbar verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von welt-historischer Wichtigkeit ist gewonnen.

Adio

K. M.

Der Abschluß der sozialistischen Krise in Frankreich.²

Von Rosa Luxemburg.

I.

Historische Possen haben wie alle schlechten Theaterstücke die Eigenthümlichkeit, daß der Zuschauer meistens gar nicht merkt, wann die Handlung eigentlich zu Ende ist. Während die öffentliche Meinung immer noch gespannt nach Frankreich blickt und der weiteren Entwicklung der Dinge harret, ist thatsächlich der Schlußakt der sozialistisch-ministerialistischen Posse schon unvermerkt zu Ende gegangen. Umsonst blickt man unverwandt nach dem Lande des „großen Experi-

¹ Am 13. Juni 1849 fand eine Demonstration der Bergpartei in Paris zum Protest gegen die gewaltsame Niederwerfung der römischen Republik durch französische Truppen statt. Sie wurde mit leichter Mühe auseinandergesprengt und besiegelte den Bankrott der kleinbürgerlichen revolutionären Demokratie in Frankreich. Die Redaktion.

² Das Manuskript des vorliegenden Artikels war schon vor dem Kongreß von Tours in unseren Händen. Sein Abdruck verzögerte sich, weil wir dem Longuet'schen Artikel, den der Kongreß größtentheils gegenstandslos gemacht hätte, den Vortritt ließen. Die Red.

mentes" und harrt. Die Handlung ist erschöpft, die Rollen ausgespielt, und es beginnt sogar von den verlöschenden Lampen im Zuschauerraum etwas schlecht zu riechen.

Wir prophezeien damit nicht etwa den unmittelbar bevorstehenden Sturz des Ministeriums Waldeck-Willerand. Es gehört unseres Erachtens im Gegenteil wieder ein Stück jenes berühmten „parlamentarischen Kretenismus“ dazu, um die politisch-historische Zeitrechnung eines Landes nach so äußerlichen Momenten wie die parlamentarischen Ministerwechsel zu führen. Wir meinen nur, daß die innere logische Entwicklung der besonderen Situation, die mit dem Eintritt eines Sozialisten in die Regierung für das politische Frankreich wie für den französischen Sozialismus insbesondere geschaffen wurde, bereits abgeschlossen ist, daß sie alle Konsequenzen, mit denen sie schwanger ging, bereits in die Erscheinung gebracht hat, und daß wir fortan keine neuen Momente in der Krise, sondern lediglich die mechanische Fortbewegung der vorhandenen zu gewährleisten haben.

Wir haben bei unserer Beleuchtung der Politik des französischen Kabinetts in der vorigen Parlamentsession als den hervorstechendsten Zug ihre eigenthümliche Zwiwischlächtigkeit, die handgreiflichen Konzessionen nach rechts und die Schein-zugeständnisse nach links bezeichnet. Seitdem hat sich die Situation und mit ihr die Politik des Ministeriums um einen Schritt weiter verschoben. Der Grund der zwiwischlächtigen Politik des Ministeriums Waldeck-Roussieu lag einerseits in dem Mangel an einer festen Grundlage im Parlament zur wirklichen konsequenten Politik demokratischer Reformen. Die bunt zusammengesetzte radikal-sozialistische Majorität des Kabinetts hatte sich in allen wichtigeren Fragen als unzuverlässig erwiesen, jederzeit zum reaktionären Umfall bereit und nicht weiter zu gehen gewillt, als es zur äußeren Pazifizierung aller durch die Krise ausgewählten politischen und sozialen Gegensätze unbedingt notwendig. Andererseits war aber das Ministerium von Anfang an auf die Unterstützung der Sozialisten in der Kammer angewiesen. Dieser Umstand zwang die Regierung mindestens zu Scheinkonzessionen an ihr anfängliches Programm, zu demokratischen und sozialen Reformen. Es lag nun an den Sozialisten, den weiteren Gang der Dinge zu bestimmen. Sie konnten durch rücksichtslose Aufdeckung der Zweideutigkeit der „republikanischen“ Politik der Regierung und durch hartnäckige Opposition das Kabinet entweder zu Falle bringen oder aber es wenigstens für eine Zeit lang zu ernstern Fortschrittsreformen nötigen. Da sie aber in ihrer ausschlaggebenden Mehrzahl im Parlament, durch die Ministerchaft Willerauds gebunden, den entgegengelegten Weg einschlugen, so gaben sie damit die politischen Zügel aus der Hand. Durch ihre konsequente Verteidigung der Regierungspolitik in der „Petite République“, durch die Abstimmungen in der Kammer für jede denkbare Tagesordnung und jeden Gesetzesentwurf: für eine Brandmarkung der sozialistischen Prinzipien, für die Unterdrückung einer parlamentarischen Kolontalenquete, für die Amnestierung der Generalstäbler in der Dreyfußaffaire, für das Budget, für Einschränkungen des Koalitionsrechtes durch das sogenannte Assoziationsgesetz, kurz, für Alles und Jedes, sobald es dem Ministerium einfiel, eine Kabinettsfrage zu stellen, durch diese Preisgabe der selbständigen Politik und der Opposition haben die Sozialisten die Regierung von jeder Rücksichtnahme auf sie befreit. Sie haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie um jeden Preis und unter allen Umständen an dem Ministerium festhalten. Somit konnte die Regierung getrost einen Schritt weiter gehen und auch den Schein von Konzessionen an ihre sozialistischen und linksradikalsten Anhänger fallen lassen. Die gegenwärtige parlamentarische Session

zeigt uns die Politik des Ministeriums in dem neuen Stadium: jene Zwi-
schlässigkeit, die das Signum der verflochtenen Session war, hat auf allen Gebieten
einer ganz unzweideutigen Einheitslichkeit Platz gemacht.

Auf dem Gebiet des Kampfes mit den Auswüchsen des Militarismus folgt
auf die früheren Versprechungen, dem hohen Militär Zügel anzulegen, eine Reihe
von Maßnahmen, die umgekehrt den Zweck haben, allen Gegnern des stehenden
Heeres und Befürwortern des Militzwesens einen Maulkorb anzulegen. Der sozia-
listische Bürgermeister von Bourges, Baillandet, wird wegen einer Rede an
die Rekruten seines Amtes entsetzt, in der er sie an die Gebote der Menschlich-
keit und der Nächstenliebe erinnerte und vor dem Feuern auf Vater und Mutter
warnte. Der Gymnasiallehrer Herbé wird wegen seiner Mitarbeiterschaft an
einem antimilitaristischen Blatte gemahregelt. Der Pariser Professor Lapique
wird in Folge seiner Sympathieumgebung zu Gunsten des gemahregelten Kol-
legen suspendirt. Gegen die Blätter: „*Pionpion de l'Yonne*“, „*Drapeau Rouge*“,
„*Droit du Peuple*“, „*Flambeau*“ wird wegen militärfreundlicher und sozialistischer
Agitation gerichtliche Verfolgung eingeleitet. Gleichzeitig aber dürfen Hochschul-
lehrer, wie in Lyon und Toulouse, dürfen Pfaffen in amtlicher Stellung, wie
der Erzbischof von Reims, offen und ungestraft eine antirepublikanische Hets-
agitation führen, dürfen in öffentlichen Schulen, wie im Lyzeum zu Allais,
Gebete für das Scheitern von Regierungsvorlagen veranstaltet werden.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik bezeichnen den jetzigen Geist der
radikal-sozialistischen Regierung die Chinaexpedition unter völliger Umgehung der
Volksvertretung, die türkische Expedition, in der die französische Kriegsflotte unter
dem Vorwand von Quaisfreitigkeiten am Bosporus, in Wirklichkeit zur Ein-
treibung von Schulbforderungen zweier Bankhäuser, Vorando und Tubini, an die
Pforte, verwendet wurde, endlich der Jarenempfang, der an „republikanischer“
Bauchrutscherei vor dem Absolutismus in der ganzen neueren Geschichte Europas
ohne Beispiel dasteht.

Auf dem Gebiet der Sozialreform brachte die gegenwärtige Session außer einer
geringen Verkürzung der Arbeitszeit für die Bergarbeiter, die nun dem Senat zur
voraussichtlichen Einsargung überantwortet worden ist, noch eine andere bezeichnende
Stundgebung der Regierung. Es war dies die schroffe Ablehnung des von der
Kammer am 14. November zum dritten Male seit 1880 votirten Antrags der
gesetzlichen Einführung des zehnstündigen Arbeitstags für Eisenbahn-
arbeiter und Angestellte. Auf die mannigfachen sozialreformerischen Dekrete
des Handelsministers erfolgte im letzten Halbjahr eine Reihe Bewilligungen von
Unternehmergesuchen zur Verlängerung der Arbeitszeit über die gesetzliche Schranke
hinaus.¹ Und was der Millerand'schen „Sozialreform“ die Krone aufgesetzt hat,
das ist die Ablehnung durch alle gerichtlichen Instanzen der wiederholten Klagen
der Fabrikinspektoren über Wiedereinführung des Dierschichtenwechsels für er-
wachsende Arbeiter, womit auch das berühmte Gesetz über den Zehnstundentag in
seiner Hauptbestimmung als eine leere Hülse erwiesen wurde.

Aber zum Zentralpunkt der gegenwärtigen Parlamentssession und zum ent-
scheidenden Moment für die Situation nach allen Seiten hin wurde das Ver-
halten der Regierung bei der Votirung der Chinaanleihe.

Die Hauptaufgabe der „republikanischen Vertheidigung“ des Kabinetts Waldeck-
Rousseau war ja bekanntlich der Kampf gegen den Merikalismus. Die ganze

¹ So zum Beispiel im Konditorgewerbe vor Weihnachten, trotzdem die Gewerkschaft der
Konditoren dagegen unter Hinweis auf die große Reserve der Arbeitslosen heftig protestirte.

Dreifußkampagne, die ganze Krise seit drei Jahren drehte sich um die „Infame“ und ihre infamen Diener und Bundesgenossen. In der vorigen Periode sollte diesem Kampfe das famose Assoziationsgesetz dienen, das neben ganz imaginären Schwertstreichen gegen den Klerus sehr handgreifliche gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter führte. Auf diese zwieschlächtige Taktik erfolgte nunmehr eine ganz unzweideutige und mit keinem Scheingeschent an die Demokratie verbrämte Liebesgabe an die Kirche in Gestalt von circa 50 Millionen Francs zur „Entschädigung“ der katholischen Missionen in China für Verluste im letzten Kriege, und zugleich eine noch eklatantere Schuldigung in einer Kammerrede des Ministerpräsidenten am 18. November.

Der „Figaro“ schrieb aus diesem Anlaß am 20. November:

„Herr Waldeck-Rousseau hat gestern eine Rede gehalten, die wir an den Mauern aller Gemeinden Frankreichs angeschlagen sehen möchten. Das konservative Frankreich richtet sich nunmehr zu neuem Hoffen auf. Die Revolutionäre, die Vaterlandslosen, die Agenten der nationalen Spaltung und des sozialen Zusammenbruchs haben einem Widersacher begegnet, wo sie einen Mitschuldigen zu finden hofften.“

Und das „Echo de Paris“:

„Herr Waldeck-Rousseau hat die historische Rolle des Katholizismus konstatiert, die Rechte auf Dankbarkeit gegenüber den Missionen anerkannt, die dem kommerziellen und industriellen Vordringen vorangehen, er hat behauptet, daß die wahren Traditionen Frankreichs durch seine auswärtige Autorität und durch seine koloniale oder Schutzexpansion aufrechterhalten wären, daß man, wenn man am Ruder der Landesinteressen stehe, sich nicht durch kleine Zwistigkeiten hypnotisieren lassen und vergessen könne, daß in dem Weltgleichgewicht die französische Republik ihre edle Rolle zu spielen habe.

„Das alles war so einleuchtend, daß ein plötzlicher Ruf erscholl: Aber das ist ja der reinste Nationalismus! . . .“

Endlich der „Erzfeind“ Méline in seiner „République“:

„Die durch H. Ribot so trefflich dargelegte Doktrin, betreffend den Schutz der Katholiken im Orient, hat nichts an Kraft verloren, indem sie durch den Mund des Herrn Waldeck-Rousseau passierte. Der Ministerpräsident hat sogar die großen Dienstleistungen der katholischen Missionäre in China kräftiger unterstrichen und wärmer ihre Verdienste gefeiert. Er hat verschmäht, auf den leichten Vorwurf zu antworten, der auf Aller Lippen war: Wenn die Missionäre für unser Land so nützlich waren, warum haben Sie ihnen so schlecht gedankt und die Kongregationen gemäßigelt, denen sie angehören?“

„Wir überlassen es den Freunden des Ministerpräsidenten, diese Widersprüche, die sie gestern zu verblüffen schienen, hervorzuheben; unsere Sache ist es nicht, uns zu wundern. Wir haben unsere Verwunderung ausgedrückt, als Herr Waldeck-Rousseau, den vulgären Instinkten seiner Majorität gehorchend, ihr die tonsurirten Köpfe und die Nonnenhabite auslieferte. Heute finden wir seine Stellung natürlich, entsprechend der großen französischen Tradition, entsprechend seiner Vergangenheit, würdig seiner mit einem Worte. Wir begrüßen seine Rückkehr oder seinen Uebergang zur großen republikanischen Familie, aus der er sich zu Abenteuern entfernte, die vielleicht seinen tiefen Sleptizismus amüsirten, die ihn aber schließlich selbst anzueckeln beginnen.“

Die schroffe Wendung des Ministeriums zum offenen Nationalismus in der Frage der Chinaanleihe schuf sowohl für die Rechte wie für die Linke des Parlaments eine eigenthümliche Lage. Das Kabinet Waldeck-Willervand trat ja von Anfang an als ein Schreckbild für die Nationalisten und Melinisten auf und

wurde als solches von seinen Anhängern auf Schritt und Tritt vertheidigt und „gerettet“. Die ganze parlamentarische Taktik der Rechten war in der vergangenen Session darauf gerichtet, das Kabinet durch allerlei un erhoffte Manöver zu stürzen. Nunmehr sahen sich die „Erzfeinde der Republik“ genöthigt, dem radikal-sozialistischen Kabinet mit ihren eigenen Stimmen ein Vertrauensvotum zu geben. Der wichtigste Moment im letzten Halbjahr — die Votirung der Chinaanleihe — hat die Nationalisten in das Lager der Regierung geführt.

Es war damit durchaus keine neue Thatsache geschaffen. Die Politik des Kabinetts Waldeck-Millierand war von Anfang an in ihrem Wesen der Politik eines melinistischen Kabinetts gleich und bereitete dadurch der Gruppe Méline eine regelrechte politische Schmutzkonkurrenz. In der verfloffenen Parlaments-session jedoch erlaubten es die Scheinmanöver der Regierung gegen die Armee und den Klerus den Melinisten, ihren Brotneid hinter eine „prinzipielle“ Gegnerschaft allgemeiner Natur zu verstecken. Gegenwärtig sind sie entwaffnet und gezwungen, offen zu gestehen: was sie mit der Regierung zusammenführt, sind gerade Prinzipien der Politik; was sie trennt, ist lediglich Portefeuileneid.

Der Verzicht auf alle antinationalistischen Manöver seitens der Regierung hat deshalb im Lager der Reaktion eine begreifliche Verwirrung angerichtet. Sollten die Reaktionäre nun die „radikal-sozialistische Regierung“ unterstützen oder sie nach wie vor bekämpfen? Sollten sie die Prinzipien oder die Portefeuilles voranstellen? Der über diese taktische Frage auf der Rechten entbrannte Streit war ein treues Spiegelbild der Kämpfe innerhalb des sozialistischen Lagers. Wenn hier Jaurès, seiner Rolle treu, zur blinden Unterstützung der Regierung auch bei der Chinaanleihe entgegen den sozialistischen Prinzipien mahnte, auch wenn dies für seine Genossen „nicht ohne Pein“ sein sollte, so übernahm diese Rolle auf der Rechten der monarchistische „Gaulois“. Ganz im Stille Jaurès' rief er am 28. November die Truppen der Reaktion zum muthigen Kampfe gegen die Regierung, trotz schmerzlichster Aufopferung der Prinzipien:

„Mögen sie entschlossen gegen das Ministerium marschiren, und wenn der Erfolg ihre Mühe krönt, werden sie sich gehobenen Hauptes und ruhigen Herzens vor ihre Wähler stellen können. Und sollten sie etwa beschuldigt werden, sich mit den Prinzipien einige Freiheit genommen zu haben, so wird Jeder von ihnen antworten können wie General Humbert: Ich schwöre, daß ich an jenem Tage das Vaterland gerettet habe!“

Damit war offiziell konstatirt, daß, sofern die Nationalisten gegen die „radikal-sozialistische“ Regierung Stellung nehmen, dies von nun an entgegen ihren Prinzipien und nur als parlamentarisches Manöver geschieht.

Auf der anderen Seite vereinfachte sich ebenso die Situation für den sozialistischen Flügel der Regierungsmajorität. In der früheren Phase bestand ihre Rolle darin, die Scheinreformen der Regierung als wirkliche auszugeben, ihre Politik zu vertheidigen. Seit diese aber den Schein selbst abgelegt hat, seit die Politik des Ministeriums durch die Reaktionäre unterstützt wird, bleibt den regierungstreuen Sozialisten nunmehr bloß übrig, die Existenz des Kabinetts trotz seiner Politik zu vertheidigen.

Auf diese Weise hat sich im Parlament eine ganz merkwürdige Situation, die der „zwei Majoritäten“, herausgebildet, wie Marcel Sembat es von der Parlamentstribüne konstatirte. Die eine, in der die Sozialisten des Jaurès'schen Flügels den Ausschlag geben und die jedesmal erscheint, um das Kabinet zu retten, und die andere, gebildet durch Reaktionäre, die in den wichtigsten Fragen auf dem Platze erscheint, um die Politik des Kabinetts zu retten. Die Situation

formulierte in klassischer Weise die Mélinesche „République“, indem sie am 30. November schrieb:

„Herr Waldeck-Rousseau hat keine wirklich eigene Majorität, ausgenommen rein politische Fragen, wenn die oberste Frage gestellt wird: ob das Ministerium gestürzt werden soll. Es giebt kein einziges unter seinen Prinzipien, verstehen Sie wohl: kein einziges, über das er mit seiner Majorität übereinstimmt. Diese ist in der That aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzt, daß man dort entgegengesetzte Meinungen über alle wesentlichen Fragen findet. Die Sozialisten halten das Schicksal der Regierung in ihren Händen. Nun, Herr Waldeck-Rousseau stimmt mit ihnen weder in religiösen, noch in patriotischen, noch in sozialen, noch in ökonomischen Prinzipien überein. So daß, wenn es sich um eine Prinzipienfrage handelt, er an seine Gegner appellieren muß. Er hat Freunde oder richtiger Mitschuldige, um seine eigenen Geschäfte zu besorgen, und er braucht seine Freunde, um die Geschäfte des Landes zu besorgen.“

Auch dies ist eigentlich keine neue Thatsache. Bereits in der früheren Periode bestand das Wesen der Jaurésistischen Politik nur in der systematischen Unterstützung der Existenz des Kabinetts. Seit der Abstimmung für die Amnestievorlage in der Dreijusaffaire und bis zu der Annahme des Assoziationsgesetzes zeigten die ministeriellen Sozialisten, indem sie ihre eigenen Ueberzeugungen der jedesmaligen Kabinettsfrage unterordneten, daß im Grunde genommen ihre ganze Politik nichts als die Erhaltung des gegenwärtigen Ministeriums zum Zwecke hatte. Heute aber ist diese Thatsache völlig unverhüllt zum Vorschein gekommen. Die scheinbare Rolle der sozialistischen Mitwirkung an einem demokratischen Reformwerk wurde nach dem Fortfall des demokratischen Scheines der Regierungspolitik auch ihrerseits auf den wahren Kern — auf die Rolle des ministeriellen Stimmviehs reduziert.

So hat sich die Situation in Frankreich im letzten Halbjahr in ihrer logischen Weiterentwicklung nach jeder Richtung geklärt und vereinfacht, zugleich aber durch die letzte Verschiebung unmerklich zum direkten Gegensatz ihres Ausgangspunktes vor drei Jahren entwickelt.

Der Ausgangspunkt der Periode Waldeck-Millerand war ja das große demokratische und soziale Reformprogramm! Die Vertheidigung und Sanirung der Republik erklärte die Bildung des radikalen Kabinetts. Sie legitimirte den Eintritt eines Sozialisten in die Regierung, sie begründete die Politik der republikanischen Sammlung in der Kammer, sie rechtfertigte alle prinzipiellen Opfer der Sozialisten. Dieses Werk erwies sich bereits in der zweiten Periode der ministeriellen Episode als eine Phrase. Gleichwohl führte es wenigstens in dieser Gestalt ein formelles Dasein. Mit der gegenwärtigen Ablegung der Phrase verdampfte auch der letzte Rest des Programms der „republikanischen Vertheidigung“, und die Regierung zeigte sich mit einem Male ohne jedes Programm!

Eine Kundgebung dieser Thatsache war die vielbesprochene große Wahlfrede des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau in St. Etienne am 12. Januar. Neben einer mit unparteiischer Selbstglorifikation zur Schau gestellten Revue aller bereits vollbrachten Großthaten der Regierung erwähnte sie auch nicht mit einer Silbe die bevorstehenden Aufgaben, die beabsichtigten künftigen Thaten. Weder eine Reform der Armee, noch die Trennung der Kirche vom Staate, noch soziale Reformen, noch sonstige „Vertheidigung der Republik“ wurden nummehr in Aussicht gestellt. Dieses Stillschweigen des Ministerpräsidenten in Bezug auf die Zukunft hat in Frankreich allgemeine Bestürzung hervorgerufen. Raibere Bürgerlich-Radikale, wie Lacroix im „Radical“, forderten wenigstens ein anderes Mitglied

der Regierung zur Aufstellung eines Regierungsprogramms auf. Sie verstanden nicht, daß das Stillschweigen des Kabinettschefs nur ein adäquater Ausdruck der einfachen Tatsache war, daß das radikale Ministerium überhaupt kein politisches Programm mehr besitzt, außer dem allerdings ganz aufrichtigen Wunsche, sich gleichviel mit welcher Majorität und gleichviel welchem Programm am Ruder zu erhalten. Die Programmphrase hatte ja in der früheren Periode auch lediglich dazu gedient, die Unterstützung der sozialistisch-radikalen Linken zu erkaufen. Nachdem diese Unterstützung bereits ohne jede Gegenleistung gratis gesichert war, konnte der Mohr, der seine Arbeit gethan hatte, gehen. Die Phrase wurde fortgelassen und das Portefeuille sans phrase blieb als einziger Niederschlag der „republikanischen Vertheidigung“ übrig.

Die programmlose Programmrede des Ministerpräsidenten von St. Etienne war die offizielle Konstatirung der Tatsache, daß die Aera der Krise in Frankreich abgeschlossen ist. Alle außergewöhnlichen Kostüme, Gesen und Redensarten werden abgelegt, die gewöhnlichen traditionellen Umgangsformen wieder aufgenommen. Zur Gewinnung der Wählermassen aus dem Proletariat und dem Kleinbürgerthum schleudert der Ministerpräsident in seiner Rede Zornesblitze auf die Hüupter der angeblich gegen ihn im Stillen konspirirenden Nationalisten — derselben Nationalisten, die nur unter Aufbietung der höchsten Selbstverleugnung und mit Aufopferung der eigenen Prinzipien gegen ihn zu opponiren vermögen. Gegen katholische Orden wird einiges Rumoren inszenirt — gegen dieselben Orden, deren Fittalen in China man soeben eine offizielle Glorifikation in der Kammer und circa 50 Millionen aus der Tasche der Steuerzahler hat zu Gute kommen lassen. Und der Handelsminister macht wieder Geschäftsreisen im Lande, um die Arbeiterschaft — zwei Monate vor den Wahlen! — daran zu erinnern, daß er die sozialistische Partei immer noch „die feine“ nennt.

Dies sind aber keine außerordentlichen Erscheinungen mehr, sondern die übliche Szenerie des Wahltheaters in der dritten Republik, in deren Arrangement die zahllosen bisherigen Ministerien aller Schattirungen bereits eine feste Routine herausgebildet haben.

Was ist nun im Laufe dieser Evolution aus der „neuen Methode“ des ministeriellen Sozialismus geworden? Wir haben gesehen, ihre Entwicklung war von Anfang an nur ein passiver Reflex der Bewegungen des radikalen Ministeriums.

In der ersten Phase der Aera Millerand, während der achtzehnmonatlichen Vorbereitungen des Ministeriums zur welterschütternden That der republikanischen Vertheidigung, fiel es der „neuen Methode“ als Aufgabe zu, die Erwartungen und Hoffnungen auf die Regierungspolitik wachzurufen, aufrecht zu erhalten und aufs Höchste zu spannen. Es war dies die Periode der „Verheißungen“ sowohl auf Seiten der Regierung wie ihres sozialistischen Anhanges.

Dann erfolgte die zweite Phase — die der „Erfüllung“: das Amnestiegesetz, das Assoziationsgesetz, die Millerandschen Sozialreformen. Das unerschütterliche Festhalten an der Regierung ergab hier für die „neue Methode“ die Nothwendigkeit, den Schwindel der „republikanischen Vertheidigung“ für echtes Reformwerk auszugeben, ihren reaktionären Kern abzuleugnen, ihren fortschrittlichen Schein aufzubauen.

Heute wirkt aber die Regierung offen und in aller Form den Schein mit-samt dem ganzen Programm der „republikanischen Vertheidigung“ in den Winkel. Was bleibt angesichts dessen der „neuen Methode“ übrig? In der Reihe der Selbstverleugnungen auf dem Altar des Ministerialismus noch den

letzten Schritt zu thun und auch für die Programmlosigkeit der Regierung eine Rechtfertigung und Legitimierung zu finden. Das Kunststück scheint zwar etwas schwierig, nachdem man drei Jahre lang das „republikanische Programm“ zur Zentralachse Frankreichs, der Erde und der Himmelsphären gemacht. Aber die „neue Methode“ hat im harten Dienste des Ministerialismus manches Schwierige, „wenn auch nicht ohne Pein“, zu vollführen gelernt. Und so erklärt Jaurès, daß ein Regierungsprogramm jetzt ganz überflüssig, ja gar nicht möglich sei! Denn erstens ist es ja bereits ausgeführt! „Wenn man die Dinge im Ganzen betrachtet, so ist das Ministerium dem Aktionsprogramm, auf Grund dessen es gebildet wurde, treu geblieben, und es hat im weiten Umfang das Werk ausgeführt, für das es geschaffen war“ („Petite République“ vom 15. Januar). Allerdings hat das Ministerium die Hauptaufgabe der „republikanischen Verteidigung“, den ersten Artikel des radikalen Programms, die Trennung der Kirche vom Staate, nicht einmal angechnitten; freilich hat es die wilde Ehe mit dem russischen Zarismus nicht gelöst, sondern erst recht fortgesetzt. Gewiß hat es auf dem Gebiet der Handelspolitik, der Koalitionsfreiheit, der Geistesfreiheit den Traditionen Mélines nirgends Abbruch gethan. Aber hatte denn das Kabinet Waldeck-Millierand wirklich irgend etwas Derartiges versprochen? Jaurès kann sich beim Ehrenwort nicht einen Laut davon erinnern, er findet es deshalb sogar „ein wenig unehrlich, dem Kabinet als Verbrechen vorzuwerfen, daß es sein Programm . . . nicht überschritten habe“ („Petite République“ vom 15. Januar).

Zweitens aber ist ein Regierungsprogramm jetzt gar nicht möglich. Wie wollen Sie, daß ein Ministerium vor den Parlamentswahlen ein Programm aufstellt und somit riskirt, irgend Jemanden zu verschlucken, irgend Jemanden nicht recht zu thun, während es sich vor Allem darum handelt, daß es wieder eine Majorität zusammenbringt, und mag diese aus Minnheer Beelzebubs eigenen Schaaren bestehen. „Erst nach den Wahlen vermag ein Staatsmann von freiem und weitem Blicke den Schwerpunkt des öffentlichen Geistes festzustellen, um wirklich ein wirksames, gemeinsames Aktionsprogramm für die ganze Legislaturperiode zu bestimmen“ (Jaurès in der „Petite République“ vom 16. Januar).

So kam die „neue Methode“, wie sie im Parlament ihre Vertreter zum einfachen Stimmvieh begrabirte, auch in ihrer „Theorie“ auf die Rolle eines simplen Stiefelknechtes der Regierung herunter. Im Anfang, als Waldeck-Millierand die vorbereitende Reklametrommel brauchten, that sie's nicht unter einer „neuen Aera“, einer „geschichtlichen Weltwende“, einer „historischen Epoche“, und erschnitterte tagtäglich die Luft mit dergleichen gemaligen Dingen. Nachher, als Waldeck-Millierand in die Periode des aktiven Schwindels eintraten, gebrauchte sie emsig poetische, philosophische, naturhistorische Farbenpracht, stahl ihre Bilder vom Monde, von Sternen, Blumen, Thau und Waldesrauschen, um das erbärmliche Stümperwerk einer plumpen bürgerlich-parlamentarischen Komödie zu einem „historischen Sonnenaufgang“ herauszuputzen. Sie war glücklich, wenn man ihr nur erlaubte, sich zu der trivialen, grauen Alltäglichkeit „weite Horizonte“ hinzuzudenken und hinzuzuschwägen.

Nun aber braucht die Regierung keine „Horizonte“ mehr, sie hat die „Horizonte“ gründlich satt, sie hat andere Sorgen im Kopfe, sie geht einfach ihren Wahlgeschäften nach. Die „neue Methode“ erklärt darauf mit „philosophischer“ Demuth: Ist mir auch recht! Bei näherem Zusehen brauchen wir eigentlich gar keine „Horizonte“, ja, es kann überhaupt jetzt, vor den Wahlen, keine Horizonte geben. Nach den Wahlen — wenn wir erst wieder zu Hause sind — wird sich schon alles finden. . . .

Die „neue Methode“ hat indeß in ihrer erstaunlichen Anpassungsfähigkeit nicht bemerkt, daß sie mit dieser letzten Evolution im Dienste des Ministerialismus eigentlich ihre politischen Dienste und ihre politische Evolution erschöpft hat. Sie hat heute keine Aufgaben mehr. Es giebt keine Erwartungen mehr (es ist ja, „wenn man die Dinge im Ganzen betrachtet“, alles schon erfüllt!), keine Versprechungen mehr (wer wird vor den Wahlen etwas Bestimmtes versprechen!), keine Zweideutigkeiten zum Ableugnen mehr (die Regierungspolitik ist verteuflert eindeutig geworden!). Die „neue Methode“ hat ihr ganzes Register heruntergespielt. Sie wiederholt zwar immer noch von Zeit zu Zeit die großen Worte aus den schönen Zeiten der Dreyfusaffaire: „Toute la bataille!“ (Der ganze Kampf!) Sie stammelt immer noch etwas von einem Vorschreiten „vers un programme toujours plus hardi“ (zu einem immer kühneren Programm), von einem „renouveau démocratique“ (demokratischen Frühling). Aber diese Melodien Jaurès' wirken bereits wie die guten alten Arien aus den Verbischen Opern, die einst im sonnigen Italien auf der Lippe jedes schwarzzügigen lustigen Schusterjungen wie das Signal eines Volksfrühlings kirlirten, jetzt aber nur aus dem todtten Mechanismus der Drehorgel mit gräßlicher Monotonie hervorkreiseln: *Tempi passati!*

Und der Leiermann selbst schaut mit gelangweiltem und zerstreutem Gesicht drein; man sieht, es ist nur die geübte Hand, die die gewohnte Kurbel dreht, der Geist ist nicht dabei.

zur Frage des Minimallohns.

Von Max Bitterbaum.

(Schluß.)

III.

Wissen wir auch den allgemeinen Minimallohn verwerfen, so existiren doch innerhalb der kapitalistischen Produktionsphäre Gebiete, in denen eine staatliche Mindestlohnbestimmung sowohl im Interesse der Arbeiter als der allgemeinen Entwicklung nothwendig und vortheilhaft sein kann. Die politischen Bedenken fallen hier im überwiegenden Maße weg, weil es sich bloß um einen Bruchtheil der Arbeiterklasse handelt, hinter der stets im eigensten Interesse die gesammte Arbeiterklasse stehen muß. Und vom ökonomisch gesellschaftlichen Gesichtspunkt erscheint in diesen Fällen eine Mindestlohnbestimmung zulässig. Denn während bei einer allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnbestimmung von Standardlöhnen sofort die normalen Konkurrenzprozesse innerhalb des Gemeinwesens eine Störung erfahren würden, bei einer allgemeinen Bestimmung von höheren als den Standardlöhnen sogar die Entwicklung der Industrie und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gefährdet wäre, während also eine allgemeine gesetzliche Lohnbestimmung im Widerspruch mit dem Wesen der auf dem Konkurrenzgesetz basirenden Wirtschaftsordnung ist, könnte eine staatliche Minimallohnfestsetzung auf bestimmten Gebieten beitragen, gerade anormale Formationen der Wirtschaftsordnung zu beseitigen und den normalen Entwicklungsgang zu beschleunigen.

Die Sphären, innerhalb deren staatlich bestimmte Minimallöhne zulässig erscheinen, sind: die des Verlagsystems, das ist der Heimarbeit, sowie die derjenigen Industrien, die für den Absatz ihrer Produkte ein thatsächliches oder wenigstens immer Monopol besitzen, also Syndikate (Kartelle, Trusts), die Kohlenbergbauindustrie u. s. w.

a) Die moderne Fabrik ist die eigentliche normale Betriebsform der kapitalistischen Produktionsweise. Doch hat das Kapital stets gesucht, auch die historisch

überkommenen Betriebsformen den Erfordernissen seiner Profitgier dienlich zu machen. Nirgends ist ihm dies in dem Maße gelungen wie bei der Heimarbeit, dem sogenannten Verlagsystem. Es umfaßt überflüssig gewordene Handwerker, die traditionell an die Scholle gebunden, weder selber noch mit Frau und Kind in die Fabrik gehen wollten oder konnten, Arbeiter, die bis zu einem gewissen Grade sich zu selbstständigen suchen und die ihnen bekannten Verhältnisse ausnützend, überzählige Arbeitskräfte ausbeuten und dergleichen. Diese überzähligen Elemente können vom Kapital nur unter der Bedingung beschäftigt werden, wenn ihre außerhalb der Fabrik, also außerhalb der allgemeinen Produktionsbedingungen hergestellten Erzeugnisse im Stande sind, mit den fabrikmäßig hergestellten oder herstellbaren Produkten derselben Waarengattung zu konkurrieren. Durchbarste Ausbeutung der Arbeitskraft und der tiefste Lebensstand sind daher die notwendigen dauernden Voraussetzungen der Existenz dieser Betriebsform. Wenn nur möglich, benützt das Kapital diese Betriebsform mit Vorliebe. Es erspart hierbei die Anlage großer kostspieliger Bauten, oft bald überholter Maschinen und anderer Bestandtheile des konstanten Kapitals. Diese Betriebsform steht nicht nur technisch tief unter der durchschnittlichen Produktionsstufenleiter, sie befindet sich auch ökonomisch im vollen Gegensatz zu den Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise, deren auszeichnendes Merkmal die Tendenz zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit ist. In der Sphäre der Heimarbeit erscheint nämlich das Konkurrenzgesetz einfach verkehrt. Während in der Regel Produkte, zu deren Herstellung ein kleineres Quantum Arbeit notwendig ist, am Waarenmarkt Produkte verdrängen, deren Erzeugung ein größeres Quantum Arbeit erfordert, verdrängen umgekehrt die mit einem größeren Arbeitsquantum hergestellten Erzeugnisse der Heimarbeit die mit einem kleineren Quantum Arbeit erzeugten Produkte der Fabrik oder was öfter der Fall ist, sie lassen die fabrikmäßig mit kleinerem Arbeitsquantum herstellbaren Waaren nicht aufkommen. Freilich ist die Arbeitszeit der Heimarbeit nicht die gesellschaftlich notwendige. Aber eben darum, weil diese Betriebsform auf der Nichtbeachtung des für die kapitalistische Produktion geltenden Werthgesetzes aufgebaut ist und zu den Tendenzen dieser Produktionsweise im Widerspruch steht, ist sie schädlich und soll beseitigt werden. Bei Aufhebung des Verlagsystems geht kein Atom der technisch ökonomischen Gesellschaftsstruktur verloren, im Gegentheil, es wären die Bedingungen für eine Erhöhung der Produktionsstufenleiter gegeben, denn die früheren Produkte der Heimarbeit müßten jetzt fabrikmäßig hergestellt werden, was neue Bauten, Maschinen, Anwendung technischer Wissenschaft u. s. w. in diesen Industrien und in denen, die die konstanten Kapitaltheile zu liefern hätten, bedeutet. Es hieße übrigens Gullen nach Athen tragen, wenn man die Behauptung aufstellt, Beseitigung der Heimarbeit liege im eminentesten Interesse einer fortschrittlichen Produktionsweise.

Wie aber dazu gelangen? In dieser gesellschaftlich anormalen Betriebsform werden auch die anormalen Lebens- und Produktionsbedingungen der in ihr thätigen Arbeiterschichten, also die räumliche Zersplitterung, Isolation, die niedrige Produktions-, Lebens- und Kulturstufe stets von Neuem aus denselben Bedingungen reproduziert. Das Kapital befürchtet auch von Seiten dieser Arbeitergruppen keinen nachhaltigen wirksamen Widerstand. Nur ein Eingriff des Staates, eine staatliche Einschränkung der Ausbeutung kann hier Abhilfe schaffen. Der gewöhnlich geforderte Arbeiterschutz reicht für diese anormale Betriebsform nicht aus. Eine wirksame Kontrolle der Maximalarbeitszeit, des hygienischen Raumminimums u. s. w. ist da, wo die Produzenten im eigenen Hause produziren, schwer möglich. Diese

anormalen Betriebsverhältnisse erfordern eine anormale Arbeiterschutzbestimmung. Als solche erweist sich die staatliche Fixierung eines Minimallohns für die Heimarbeiter mit der Klausel der Unwirksamkeit jeder anderen nach abwärts getroffenen Vereinbarung. In dem Falle giebt es kein Mittel, den Arbeiter um seinen Lohn zu bringen. Nach Jahren noch könnte der Arbeiter zur Gesamtsumme des ihm unter einem Drucke bei der Vereinbarung vorenthaltenen Lohnes gelangen. Und dieser starke psychologische Anreiz würde wirken.

Diese Forderung einer staatlichen Minimallohnfixierung ist auch der Forderung nach gänzlicher Aufhebung der Heimarbeit vorzuziehen. Ein Verbot der Heimarbeit würde mit einem Ruck allzuradikal die Lebensbedingungen einer zahlreichen Bevölkerungsgruppe erschüttern und sie insgesammt möglicherweise für die erste Zeit noch größerem Elend aussetzen; ferner wäre auch eine Kontrolle schwer durchführbar, da der „selbständige Handwerker“ auch an „Privatkunden“ stets wird arbeiten dürfen; drittens aber, und das scheint mir das wichtigste Bedenken zu sein, würde ein Verbot der Heimarbeit eine prinzipielle Freiheitsbeschränkung der Berufstätigkeit sein. Ein solches Verbot wäre mehr wie eine Regelung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, wie zum Beispiel die Arbeitszeitbestimmung für die Fabriken, wo die Arbeiter gezwungen werden, bei fremden Arbeitsmitteln zu frohnen. Uebrigens entsprechen die Arbeiterschutzbestimmungen dem Willen der gesamten Arbeiterklasse, die für sie eintritt und in der gesetzlichen Fixierung bloß ein Hilfsmittel ihrer leichteren Erlangung findet. Das Verbot der Heimarbeit als solcher wäre auch ein Eingriff in die Freiheit des Individuums, mit anderen Individuen in Verkehr zu treten, da der Heimarbeiter zu Hause für „selbstkonsumirende“ Privatkunden arbeiten dürfte und nur für Verleger nicht. Solche Freiheitsbeschränkungen reichen schon über die bloße Produktionsphäre hinaus und dürfen nur im Falle äußerster gesellschaftlicher Nothwendigkeit in Anwendung kommen. Es ist daher anstatt des Verbots der Heimarbeit neben der Einführung der sonstigen Arbeiterschutzbestimmungen die staatliche Fixierung eines Minimallohns für die Heimarbeiter zu fordern.

Die Höhe des Lohnes ist nach den Gewerkevereinslöhnen für Fabrikarbeit derselben oder verwandter Waarengattung unter Zuziehung der Vertreter der Heimarbeiter, der Unternehmer und der Gewerkevereinsbeamten zu bestimmen. Die Preise für Stückarbeit sind natürlich nach Zeitlohn zu bemessen. Die gesetzliche Minimallohnfixierung bei einem ausreichenden Arbeiterschutz würde in kurzer Zeit die Heimarbeit verschwinden machen.

b) Gesetzliche Minimallohne sind auch in Industrien, die ein thatsächliches oder gesetzliches Monopol für den Absatz ihrer Erzeugnisse haben, zulässig. Hierher gehören in erster Reihe die Vereinigungen sämtlicher Betriebe eines Landes behufs Regelung des Absatzes der Produkte und ihrer Preise, wie Kartelle, Trusts, Syndikate, ferner Industrien, welche vermöge der durch die Natur beschränkten Erzeugung und des übergroßen Konsumentenbedarfes thatsächlich den Markt beherrschen und in der Regel einheitlich vorgehen, wie zum Beispiel der Kohlenbergbau. Die charakteristischen Kennzeichen dieser Industrien sind: eine hochentwickelte Kapitalkonzentration und die Beseitigung jeder ernststen Konkurrenz in dem von ihm beherrschten Inlandsterritorium.¹ Unter bestimmten Umständen hat also der dialektische Prozeß der Konkurrenz der Kapitalien — dieser Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise — in dem Inlandsterritorium in sein Gegen-

¹ Wie dies unter dem Einfluß hoher Schutzzölle möglich ist, kommt theoretisch nicht in Betracht. Relevant ist bloß, ob die Monopolstellung gegeben ist oder nicht. Im ersteren Falle sind gesetzliche Minimallohne zulässig.

theil — die Aufhebung jeder Konkurrenz — umgeschlagen. Diese Thatsache weist darauf hin, daß für diese Industrien, welche die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise in vielfacher Beziehung schon überschritten haben, die Voraussetzungen ihrer Sozialifizierung gegeben sind. Die Tendenzen hierzu wirken in ihnen auch immanent. In Folge der den kapitalistischen Produktionsmechanismus übertragenden Stellung nehmen nämlich diese Industrien auch eine besondere Machtposition sowohl gegenüber ihren Konsumenten als auch gegenüber ihren Arbeitern ein.

Diese Industrien, in der Regel die Sphäre der Koh- und Halbfabrikate oder der Kohlegewinnung umfassend, schrauben ungehörlich die Preise ihrer Erzeugnisse in die Höhe und vertheuern allzu hoch die Produktionskosten der gesammten Industrie des Landes, die sogar oft zu gleicher Zeit in Folge Konkurrenz mit den Preisen heruntergehen muß.¹ Die Ursache dieser Vertheuerung ist klar: es ist die Privateigenthumsform der technisch und kommerziell konzentrierten Betriebe. Allenthalben und allerorten sind die gerechten Klagen der nichtartikellirten Industriellen, daß die Gesamtindustrie durch die Kartelle in ihrem Gange gehemmt werde. Auch das gesammte Publikum, das die Produkte theurer zahlen muß, verfolgt die Kartelle mit seinem Hass. Dieser Kampf der Industriellen und der Konsumenten gegen die Kartelle ist unbewußt die erste Rebellion der in ihrem Gange gehemmten Produktivkräfte gegen die veraltete Eigenthumsform.

Ebenso ist die Machtposition dieser Industrien gegenüber ihren Arbeitern eine enorm große. Zwar halten die Arbeiterorganisationen vielen Kartellen gegenüber noch Stand, aber dies ist vornehmlich der Fall bei den auf nicht lange Zeit geschlossenen Kartellen und dort, wo die Arbeiter in verwandte Industrien übergehen können. Je mehr jedoch die Kartell- und Trustform sich stabilisirt, je mehr in ihnen die Kapitalmacht wächst und ihr Herrschaftsgebiet ausgebreiteter wird, desto schwächer wird ihnen gegenüber die Macht der Arbeiterorganisation in der Erringung höherer Lebensbedingungen werden. Doch heite schon vermag in vielen dieser Industrien die Arbeiterorganisation trotz heroischer Opfer ihrer Mitglieder aus eigener Kraft wenig zu erringen. So zum Beispiel im Kohlenbergbau, wo sowohl die Bestrebungen der Eigenthümer als die Tendenzen der schweren Berufsarbeit auf eine Verklavung, Herabdrücken der Lebenshaltung und Verrohung der Bergarbeiter hinwirken und wo die Arbeiterorganisationen von der überragenden, allzu gefestigten Kapitalmacht schwerlich aus eigener Kraft eine Verbesserung der Lebensbedingung erlangen könnten. Hier wie überall in einer Industrie, wo die Arbeiterorganisation schon nicht mehr im Stande wäre, aus eigener Kraft einem Kartell höhere Daseinsbedingungen abzurufen, sind gesetzliche Minimallöhne geboten. Dieser Eingriff des Staates in der Form der Bestimmung eines so bedeutenden Faktors der Produktionskosten wäre zugleich ein Schritt auf dem Wege der einstweilen in der kapitalistischen Gesellschaft allein möglichen Form der Vergesellschaftung — der Verstaatlichung dieser Industrien.

c) Gesetzliche oder überhaupt behördlich fixirte Minimallöhne für direkt oder indirekt vom Staate, der Provinz oder der Gemeinde beschäftigte Arbeiter sind etwas Selbstverständliches und bedürfen keiner besonderen Begründung. Eine öffentliche Körperschaft darf nicht ihre eigenen Glieder auf dem Wege des Submissionswesens oder welchem immer ausbeuten und physisch und materiell vernichten. Jeder andere Grundsatz würde zu demselben Verfahren von Seiten der Glieder gegen die öffentliche Körperschaft und ihre Repräsentanten berechtigen.

¹ Siehe die konkreten Ziffern im „Economist“ der „Neuen freien Presse“ vom 1. Januar 1901.

Ein korrektes Vorgehen der öffentlichen Körperschaften in dieser Richtung liegt in ihrem Begriff, wenn leider heute noch immer nicht in ihrem Wesen.

Scheinbar wäre das Kriterium für Einführung der Minimallohne bei mir und Zwiabineck-Südenhorst dasselbe: der Mangel einer wirksamen Arbeiterorganisation. In Wirklichkeit ist seine Begründung eine philanthropische, rein äußerlich sich aufdrängende, meine eine ökonomische. Wie ich schon hervorhob, ist der Mangel einer wirksamen Organisation selber bloß ein Symptom einer tieferen ökonomischen Grundlage. In dem Wesen der normalen kapitalistischen Produktionsweise liegt der Aufstieg der Empörung, der Koalition und der Macht der Arbeiterklasse aus eigener Kraft. Wo aber, wie bei der Heimarbeit und den Kartellen u. s. w., wir es mit Gebilden zu thun haben, die außerhalb der normalen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise — außerhalb des normalen Konkurrenzgesetzes — sich stellen, wo die erstere unter, die anderen über der normalen kapitalistischen Betriebstypen stehen, da haben wir die anormale Erscheinung, daß die Organisation der Arbeiter auf die Dauer unzureichend wird und man zum anormalen Mittel des gesetzlichen Minimallohns greifen muß. Im normalen kapitalistischen Produktionsprozeß, in den auf freie Konkurrenz begründeten Fabrikindustrien sind gesetzliche Minimallohne nicht nur überflüssig, sondern absolut unzulässig und schädlich.

Die Lage der Buchbinderei-Arbeiterinnen in Wien.

Von Theresie Schlesinger-Eckstein.

Die Buchbinderei gehört zu denjenigen Gewerben, welche trotz Maschinenbetrieb von ihren Arbeitern einen hohen Grad von Intelligenz und Geschicklichkeit erfordern, und in Folge dessen auch zu jenen, deren Arbeiter relativ gut bezahlt werden. 40 Prozent der Arbeiterschaft dieses Gewerbes bestehen aus Frauen und Mädchen, und die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte ist noch immer in steter Zunahme begriffen. Daraus folgt, daß die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der weiblichen Berufsangehörigen für die Lage der Gesamtarbeiterschaft in den Buchbindereien von entscheidender Bedeutung sind.

Von dieser Erwägung ausgehend, hat das Frauen-Aktionskomitee des Wiener Fachvereins versucht, wenn auch in sehr bescheidenem Maßstab, eine Erhebung über die Lage der Buchbindereiarbeiterinnen durchzuführen. Ein besonderes Gewicht wurde dabei auf die Lebenshaltung und das Privatleben der in Betracht kommenden Frauen gelegt. Sind es doch gerade die Anspruchslosigkeit und die niedrige Lebenshaltung der Arbeiterinnen fast aller Branchen, welche sich als schweres Hemmnis im Kampfe um Verbesserungen in der Lage der Arbeiterschaft erwiesen haben. Da aber die Wechselwirkung zwischen den Lohn- und allen anderen Arbeitsbedingungen einerseits und der Lebenshaltung andererseits eine unauflösbare ist, so mußte auch auf die Zustände in den Werkstätten ziemlich genau eingegangen werden.

Die Knappheit des Raumes zwingt mich, hier auf die ausführliche Wiedergabe des über Löhne, Arbeitszeit und sonstige Werkstättenverhältnisse gewonnenen Materials zu verzichten. Auch sind hierüber schon des Ofteren Erhebungen gemacht und veröffentlicht worden, während die privaten Lebensverhältnisse dieser Arbeiterinnenschicht nur in ganz vereinzelten Fällen systematisch untersucht wurden.¹ Auf sehr geringe Geldmittel beschränkt, mußten wir uns mit einem kleinen Material begnügen. Um uns über die Zustände in den Betrieben, welche Frauen beschäftigen, zu unterrichten, gaben wir an

¹ Ich verweise hier auf „Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Lohnarbeiterinnen“. Ergebnisse und stenographisches Protokoll der Enquete über Frauenarbeit, abgehalten in Wien vom 1. März bis 21. April 1896 (Wien 1897, Erste Wiener Volksbuch-

die Werkstättenvertrauensmänner der Organisation Fragebogen aus. Von diesen erhielten wir dreißig brauchbare zurück und diese geben Auskunft über die Zustände, unter denen insgesamt 622 Frauen arbeiten. Um die persönlichen Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen kennen zu lernen, hielten wir eine mündliche Enquete ab, bei welcher 51 Arbeiterinnen aus sagten.

In den 30 Betrieben, über welche uns in den Fragebogen Angaben gemacht wurden, macht die weibliche Arbeiterschaft 58,5 Prozent der gesammten aus. Der Durchschnittswochenlohn beträgt 6 Gulden, die Arbeitszeit in 11 der untersuchten Betriebe 9, in 18 Betrieben $9\frac{1}{2}$ und nur in einem einzigen Betrieb 10 Stunden.¹ Es darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß die wirkliche Arbeitszeit sehr vielfach verlängert erscheint durch die nur allzu verbreitete Gepflogenheit, Ueberstunden zu machen, resp. machen zu lassen. Nur 2 von den 51 Arbeiterinnen, welche bei der mündlichen Enquete aussagten, sind in Betrieben beschäftigt, in welchen niemals Ueberstunden gemacht werden. Die Wochenarbeiterinnen erhalten die Ueberstunden um 1 bis 3 Kreuzer höher entlohnt als die normalen Arbeitsstunden. Bei den Arbeiterinnen, die im Akkordlohn arbeiten (sie machen 53 Prozent aller Arbeiterinnen aus), findet keine Lohneryhöhung für Ueberzeitarbeit statt. Wir suchten auch zu erfahren, wie groß die Verbreitung eines anderen Mißbrauchs, nämlich desjenigen der Strafabzüge, ist. Es wurden insgesamt 10 Firmen angeführt, bei welchen Strafabzüge gebräuchlich sind, und zwar für Zuspätkommen, „Blau machen“ und Materialschaden, in einigen aber auch für jedes Wort sprechen oder einen Bissen Brot essen. Die einzelnen Strafen schwanken von 3 bis 20, in selteneren Fällen auch bis 50 Kreuzer. Es drängt sich uns die Frage auf, wieso zwei Drittel der Betriebe ohne Strafabzüge ihr Auskommen finden und nur ein Drittel dieses Disziplinarmittel nicht entbehren zu können glaubt. Wir finden sowohl unter den Unternehmungen, welche Strafen eingeführt haben, als unter denjenigen, die sie nicht kennen, große, kleine und mittlere Betriebe; wir finden auf beiden Seiten Betriebe, in denen die Frauenarbeit, und wieder solche, in denen die Männerarbeit vorherrscht, so daß wir zu dem Schlusse gelangen, daß es nur die persönlichen Anschauungen einer Minorität der Unternehmer sind, was dieselben an einer Maßregel festhalten läßt, die durchaus nicht unentbehrlich ist und die Betroffenen schwer benachteiligt und verbittert.

Sonntagsarbeit, die durch ein Gesetz vom 16. Januar 1895 gänzlich untersagt ist, kommt dennoch in zwei der untersuchten Betriebe vor. An den großen Feiertagen, das ist Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr, wird nirgends gearbeitet. Was die Arbeit an den übrigen Feiertagen und deren Entlohnung betrifft, so bietet sich uns ein Bild, wie es buntscheckiger kaum gedacht werden kann. Dabei ist in der Hälfte der untersuchten Betriebe der Modus der Feiertagsentlohnung als ein günstiger zu bezeichnen, und ein großer Theil der Arbeiterinnen arbeitet unter den günstigeren Bedingungen, da es durchwegs größere Betriebe sind, in denen diese Arbeit am besten bezahlt wird.

In Bezug auf die Entlassungsmodalitäten finden wir, daß weit mehr als die Hälfte aller Arbeiterinnen zu jeder Stunde sofort und ohne Entschädigung entlassen werden kann. Insofern diese Arbeiterinnen nicht dem Fachverein angehören und dadurch die Wohlthat der Arbeitslosenunterstützung genießen, sind sie also in jedem Augenblick in Gefahr, plötzlich durch Arbeitslosigkeit in die bedrängteste Lage zu gerathen. Diese Gefahr ist um so ernsthafter, als ein Wechsel von starker und stiller Saison im Buchbindergewerbe die Regel ist. Gleichmäßig durch das ganze Jahr fortgearbeitet wird nur in acht von den dreißig untersuchten Betrieben und zwar nur in kleineren mit geringerer Arbeiterinnenzahl.

handlung). Ueber die Lage der Buchbinderarbeiterinnen Berlins giebt die treffliche Broschüre von Elisabeth Gnauf-Röhne: „Die Lage der Arbeiterinnen in der Berliner Papierwaarenindustrie“ (Leipzig 1896, Duncker & Humblot) Aufschluß.

¹ Diese Arbeitszeit ist die Errungenschaft eines großen Buchbinderstreikes, welcher im Herbst 1898 in Wien durchgeführt wurde. Vergl. Nr. 6 und 7, Jahrgang VIII der „Einigkeit“, des Wiener Fachblatts, „Die Erfolge des Streikes“.

Sehr oft wird die Arbeitszeit und damit auch der Arbeitslohn zeitweilig herabgesetzt. Die Arbeiterinnen fügen sich gewöhnlich lieber in diese Maßregel, als daß sie den Posten aufgeben. Ihre Lebenshaltung wird dann eben zeitweilig noch unter das gewöhnliche Maß herabgedrückt.

Wenden wir uns nun den privaten Lebensverhältnissen der Arbeiterinnen zu, wie sie sich uns in den Protokollen von 51 mündlichen Angaben darstellen.

Das Durchschnittsalter beträgt 23 Jahre. 7 von den 51 Arbeiterinnen sind 22, 7 weniger als 18 und 6 mehr als 30 Jahre alt.

8 von den 51 Arbeiterinnen sind verheirathet, 2 sind Witwen, eine ist geschieden und die übrigen 45 sind ledig. Wir sehen, daß die Zahl der ledigen Arbeiterinnen 7 1/2 mal so groß ist als die der verheiratheten, verwitweten und geschiedenen insgesammt; unter den verheiratheten finden wir 2, unter den ledigen 7 Mütter. Trotzdem die Zahl der ledigen Mütter so sehr überwiegt, bilden diese doch nur 15,5 Prozent der ledigen Arbeiterinnen, während die verheiratheten Mütter 66,6 Prozent der verheiratheten Arbeiterinnen ausmachen.

Erschreckend groß ist die Sterblichkeit und die Zahl der Todtgeburten unter den Kindern der Buchbindereiarbeiterinnen. 12 von den 51 Arbeiterinnen sind insgesammt 28 mal niedergekommen. Nur 10 Kinder sind am Leben, während 8 gestorben sind und 5 mal Fehl- oder Todtgeburten vorkamen.

Sehr ungünstig steht es auch um die Gesundheit der Arbeiterinnen.

Von 51 Arbeiterinnen waren im letzten Jahre zeitweilig wegen Krankheit arbeitsunfähig 15 (29,4 Prozent), leidend ohne arbeitsunfähig zu sein waren 8 (15,4 Prozent), chronisch krank 13 (25,4 Prozent). Unter diesen Letzteren litten 4 an Bronchial- oder Lungenkatarrh, 4 an Unterleibskrankheiten, 1 an Weichsucht, 1 an einer Nerven-, 1 an einer Magen-, 1 an einer Augenkrankheit und 1 an einem Herzfehler.

Wenn wir den Rechenschaftsbericht der Buchbinderkrankenkasse über das Jahr 1899 zum Vergleich heranziehen, so gewinnen wir ebenfalls ein äußerst trauriges Bild, obwohl uns diese Statistik nur von jenen Leiden der Arbeiterinnen meldet, die dieselben zeitweilig arbeitsunfähig machte und all das Kränkeln und das Siechthum unberücksichtigt läßt, trotz dessen sich die Arbeiterin noch in die Werkstätte schleppt.

Von den 1100 Buchbindereiarbeiterinnen (jugendliche Hilfsarbeiterinnen sind nicht mitgezählt), welche bei dieser Krankenkasse versichert sind, waren im Berichtsjahr 431 erkrankt. Die Zahl der Krankentage betrug 8626, so daß im Durchschnitt auf jede erkrankte Arbeiterin 20 Krankentage kommen. Unter den Erkrankten sind die Wöchnerinnen (106) ebenfalls nicht mitgezählt.

Betrachten wir nun die Lebenshaltung, welche zu solchen Konsequenzen führt.

Von 51 Arbeiterinnen leben:

	Zahl der Arbeiterinnen	Prozent der Arbeiterinnen
Bei den Eltern	29	56,8
Bei anderen Verwandten	5	9,8
Mit einer Schwester bei Fremden	2	3,9
Allein bei Fremden	10	19,6
Mit einer Schwester in einer Jahreswohnung	1	2,0
Allein in einer Jahreswohnung	1	2,0
Im ehelichen Haushalt	2	3,9
Im Konkubinat	1	2,0
Zusammen	51	100,0

Es bewohnen ein zweifenstriges Zimmer:

1 Person in 0 Fällen	5 Personen in 7 Fällen
2 " " 4 "	6 " " 5 "
3 " " 9 "	7 " " 6 "
4 " " 7 "	

und ein einfenstriges Kabinat:

1 Person in 3 Fällen	3 Personen in 2 Fällen
2 " " 6 "	4 " " 2 "

Die sechs Fälle, in welchen 7 Personen ein Zimmer und die zwei, in welchen 4 Personen ein Kabinet bewohnen, wirken schon durch diese Zahlen besonders kras; aber selbst dort, wo die Dichtigkeit des Wohnens verhältnißmäßig weniger groß ist, bietet sich uns ein trauriges Bild elender Wohnungsverhältnisse durch die Wahlllosigkeit, mit der der Zufall oft Männer und Frauen, Erwachsene und Kinder, Familienglieder und Fremde zusammenwirft.

Der Preis, den die Arbeiterin für Wohnung oder eine Lagerstätte entrichten muß, konnte nur in wenigen Fällen genau erhoben werden.

Viele Arbeiterinnen wohnen, wie wir gesehen haben, bei Eltern oder anderen Verwandten und tragen zu den Kosten des Haushaltes bei, ohne daß ihnen die einzelnen Posten verrechnet würden. Auch unter denen, die bei Fremden wohnen, sind viele, die Wohnung und Kost zusammen bezahlen, so daß wir nur in dreizehn Fällen genau den Preis der Wohnung kennen.

In zwei Fällen bewohnt die Arbeiterin gemeinsam mit einer anderen ein Kabinet. Auf jede entfällt eine Miete von 3 Gulden monatlich. In einem Falle wird den Eltern monatlich ein Zinsbeitrag von 3 Gulden bezahlt. Die Arbeiterin schläft hier im Zimmer der Eltern, in welchem auch noch ein fremder Mann ein Bett gemiethet hat. In einem anderen Falle bezahlt die Arbeiterin 3 Gulden monatlich bei fremden Leuten. Außer ihr bewohnen noch eine Frau und zwei Männer den Raum.

In zwei Fällen zahlt die Arbeiterin 60 Kreuzer wöchentlich für ein Bett bei fremden Leuten. In einem dieser Fälle gehen die Fenster des Zimmers nach der Straße, 6 Personen, 3 Frauen und 3 Kinder, bewohnen den Raum. Im zweiten Falle gehen die Fenster nach einem dumpfigen Gange. Das Zimmer hat weder Luft noch Licht und wird von 7 Personen bewohnt und zwar von 2 Männern, 4 Frauen und 1 Kinde.

In zwei Fällen bezahlt die Arbeiterin 1 Gulden Bettgeld wöchentlich bei entfernten Verwandten. Im ersten Falle bewohnen außer ihr noch 6 Personen das Zimmer (die Quartiergeberin mit 3 Kindern und noch 2 Mietherinnen), im anderen Falle bewohnen außer der Arbeiterin noch 3 Personen (ein Ehepaar mit einem Kinde) den Raum.

Im Allgemeinen finden wir, daß die Arbeiterin etwa den vierten Theil ihres Lohnes für Wohnung bezahlen muß und dabei in der Regel elend untergebracht ist.

Es wäre verfehlt zu glauben, daß die Arbeiterinnen, welche bei den Eltern wohnen, im Allgemeinen vom Standpunkt der Bequemlichkeit oder der Sittlichkeit viel besser untergebracht seien. Es sieht sich eben fast jede Arbeiterfamilie gezwungen, in einer schlechten, engen Wohnung zu hausen und oft auch fremde Miether aufzunehmen.

Wir kommen nun zu der Ernährung.

Ehe wir aber fragen, was die Arbeiterinnen essen, wollen wir erst sehen, wo sie essen.

Nur 20 von den 51 Arbeiterinnen können in der Mittagspause nach Hause gehen, wo die Mutter oder sonst eine Verwandte oder die Quartierfrau das Essen bereitet hat. Von diesen 20 bekommen 2 Mittags immer aufgewärmtes Essen vom vorigen Tage, weil die Hausfrau selbst Arbeiterin ist und nur Abends frisch kochen kann. Ein Mädchen holt sich das Essen aus dem Gasthaus und verzehrt es zu Hause. Nicht zu Hause, aber in befreundeten Familien nehmen 3 ihr Mittagsmahl. In der Werkstätte essen 16. Davon holen 10 das Essen aus dem Gasthaus, 2 kochen sich in der Werkstätte Milchspeise oder Kartoffeln, zweien bringt die Mutter das Essen und eine davon holt beim Kleinkrämer Butterbrot oder Wurst und Brot. Außerhalb der Werkstätte auf dem Gange müssen 2 die Mittagspause verbringen. Der Gang ist gegen den Hof nicht abgeschlossen, auch ist keinerlei Gelegenheit zum Sitzen. Diese beiden holen sich auch kaltes Essen vom Krämer. Im Gasthaus essen 3, in der Volksküche 1 und in einer „Auskocherei“ auch 1.

Das Frühstück wird durchwegs zu Hause eingenommen und besteht fast immer aus Raffe und einer Semmel. Nur in zwei Fällen wird Thee und in drei Fällen

Milch genommen. In einigen Fällen wird statt der Semmel Hausbrot gegessen und in drei Fällen entfällt das Brot ganz.

Vormittags wird in 17 Fällen nichts gegessen, in 15 trockenes Brot, in 19 Brot mit Butter, Schmalz oder einem kleinen Stückchen Wurst.

Das Mittagsmahl besteht in 3 Fällen aus kalten Speisen, wie Butterbrot oder Brot und Wurst oder kalte Mehlspeise. Täglich Fleisch wurde in 22 Fällen abgegeben, einigemal in der Woche Fleisch in 16, kein Fleisch in 13 Fällen.

Zur Pause essen 18 Arbeiterinnen nichts, 11 essen trockenes Brot, 8 Brot mit Butter, Schmalz oder einem Stückchen Wurst oder Käse. 10 Arbeiterinnen bringen sich Milch oder Kaffee von Hause mit, 2 essen Obst.

Das Abendessen besteht in 23 Fällen aus Resten des Mittagmahls, in 14 Fällen aus Butterbrot, aus Wurst oder geräuchertem Fleische in 2 Fällen, in 3 Fällen aus einer frischen Fleischspeise und in 2 Fällen aus Kaffee. In 5 Fällen wird auch einmal des Tages ein Glas Bier getrunken. In den 3 Fällen, in welchen die Arbeiterin Abends eine frische Fleischspeise genießt, bezahlt sie diese nicht selbst. Es thut das in einem Falle der Gatte, in zwei Fällen ihre „Verehrer“.

In jenen 22 Fällen, in welchen uns „Suppe, Fleisch und Gemüse“ als regelmäßig wiederkehrender Mittagsspeisezettel angegeben wurde, suchten wir auch zu erforschen, wie groß das Fleischquantum sei, das da genossen wird. Wir konnten aber nur in wenigen Fällen Bestimmtes erfahren, wieder aus dem Grunde, weil die Arbeiterinnen, größtentheils junge Mädchen, in die Gebahrung des Haushaltes, dem sie angehören, wenig eingeweiht sind. Nur in 6 Fällen erhielten wir auf die Frage, wie viel Fleisch auf den Tisch käme, bestimmte Antworten und zwar:

30	Defagramm für 5 Personen	25	Defagramm für 4 Personen
50	= 7	40	= 5
40	= 3	50	= 8

Hiernach kämen im Durchschnitt auf eine Person 7,3 Defagramm Fleisch. In Wahrheit ist aber das Quantum, das der Einzelne erhält, noch geringer, denn die Arbeiterfrau erhält beim Fleischer niemals wirklich die 30 bis 50 Defagramm Fleisch, die sie bezahlt, sondern einen großen Theil des Gewichtes macht die sogenannte „Zuwag“ aus, das heißt ein Knochen, der mitgewogen wird.

Es gelang uns nicht festzustellen, wie viel die Arbeiterinnen für ihre Kleidung ausgeben können. Keine einzige führt darüber Notizen oder war in der Lage, aus dem Gedächtniß auch nur annähernd ihr Kleiderbudget vom letzten Jahre zusammenzustellen. Die meisten sagten, daß sie sehr wenig oder „so gut wie nichts“ für ihre Kleider ausgeben können, einige meinten, man könne sich eben nur dann was zum Anziehen kaufen, wenn Einem von den nothwendigsten Ausgaben etwas übrig bliebe, und einige gaben an, den größten Theil ihrer Kleidung aus gelegentlichen Geschenken von Verwandten oder Freunden zu bestreiten.

Wir suchten uns auch über das geistige Leben der Arbeiterinnen zu informieren und zu diesem Zwecke so viel als möglich über ihre Zerstreuungen, ihre Lektüre und ihren Antheil am Vereinsleben zu erfahren.

13 von 51 Arbeiterinnen gönnen sich niemals ein Vergnügen und machen keinerlei Unterhaltung mit; bei weiteren 8 kommt es nur äußerst selten vor.

6 Arbeiterinnen lesen niemals eine Zeitung, 6 andere gaben an, nur das Fachblatt „Die Einigkeit“ zu lesen. Bei diesen Letzteren darf man wohl bezweifeln, ob sie das Fachblatt auch wirklich lesen und es nicht vielmehr nur beziehen, was sie als Mitglieder des Fachvereins unentgeltlich thun können. 15 Arbeiterinnen lesen manchmal eine Zeitung, aber niemals ein Buch, und 4 lesen weder eine Zeitung, noch ein Buch.

Von den 30 Arbeiterinnen, welche gewöhnt sind, sich hier und da ein Vergnügen zu gönnen, pflegen 12 zu tanzen. Für 4 von diesen 12 bildet Tanzen die einzige Zerstreuung, die 8 anderen nehmen noch an anderen Arten von Unterhaltung theil. 5 Arbeiterinnen besuchen Volksfänger, 8 machen im Sommer Landpartien, 7 nehmen an festlichen Veranstaltungen des Fachvereins und der Arbeiterpartei theil, 2 besuchen volksthümliche Konzerte und 13 das Theater.

Wir sehen also, daß das Theater die größte Anziehung ausübt, selbst das dem jugendlichen Alter der meisten dieser Arbeiterinnen angemessene und für junge Mädchen im Allgemeinen so gebräuchliche Vergnügen des Tanzes muß dagegen zurückstehen.

Die Theiligung an Landpartien erscheint uns nicht stark genug, wenn wir in Betracht ziehen, wie rege in der Wiener Bevölkerung der Sinn für Naturschönheit ist und mit wie geringen Kosten man die reizendsten Gegenden aussuchen kann. Dieser geringe Aufwand übersteigt eben doch die Mittel der meisten Buchbindereiarbeiterinnen. Daß die Zahl derer, die Arbeiterfeste besuchen, gegen diejenigen überwiegt, welche zu Volksängern gehen, kann als günstiges Zeichen begrüßt werden.

Was nun die Zeitungslektüre anbelangt, so steht obenan „Die Einigkeit“, welche von 28 Arbeiterinnen gelesen wird. In zweiter Reihe kommen die „Arbeiterzeitung“ und die „Arbeiterinnenzeitung“, die von je 10 Arbeiterinnen gelesen werden. 7 mal wurde das „Extrablatt“ als Lektüre angegeben, 5 Arbeiterinnen lesen verschiedene Blätter, die ihnen der Zufall abwechselnd zuführt, 4 die „Kleine Volkszeitung“ und je 1 das „Wiener Journal“, das „Neue Wiener Tagblatt“, die „Kronenzeitung“ und die „Mittheilungen der Freidenker“.

Von den Tagesblättern gilt aber fast durchwegs, daß sie nur am Sonntag gelesen werden. Manche Arbeiterin liest dagegen mehr als ein Blatt. Darunter ist eine, welche regelmäßig sechs Arbeiterblätter liest, auf die ihr Mann abonniert ist. Eine liest die „Arbeiterzeitung“, die „Arbeiterinnenzeitung“ und die „Einigkeit“ und mehrere lesen die „Arbeiterinnenzeitung“ und die „Einigkeit“.

Bücher werden von 36 Arbeiterinnen gelesen. 33 entleihen sie der Bibliothek des Fachvereins, eine der Bibliothek eines anderen Arbeitervereins und 2 lesen Kosportageromane. Was die Arbeiterinnen lesen, sind fast durchwegs Romane und Erzählungen, doch sehen wir, daß nur 2 Arbeiterinnen Schundromane lesen, die anderen aber sich der anständigen Lektüre befleißigen, wie sie ihnen durch Arbeitervereine vermittelt wird. Einzelne Arbeiterinnen lesen sogar recht ernste Bücher, so eine, die mit Vorliebe Reisebeschreibungen liest, und eine andere, die Mitglied des Vereins der Freidenker ist und aus dessen Bibliothek Schriften über soziale und religiöse Fragen und soziale Romane entlehnt.

Von den 51 Arbeiterinnen sind 46 Mitglieder des Fachvereins. Leider giebt uns dieses Zahlenverhältniß durchaus nicht ein richtiges Bild von der Theilnahme der Frauen an der Fachorganisation der Buchbinder im Allgemeinen. Während 90 Prozent der Arbeiterinnen, welche bei unserer Enquete vernommen wurden, der Gewerkschaft angehören, sind ihr bisher von allen in dem Gewerbe beschäftigten Frauen nur etwa 30 Prozent beigetreten.

Wichtig erschien uns auch die Frage, wie viel häusliche Arbeit die Arbeiterinnen zu leisten haben. Nur 1 von den 51 Arbeiterinnen kocht Abends, 7 waschen ihre Wäsche selbst. Unter diesen sind 1 verheirathete, 1 verwitwete und 5 ledige. Für 4 Arbeiterinnen wäscht die Quartierfrau, 7 geben die Wäsche zu einer Wäscherin. Die Bezahlung hiefür sowohl an die Quartierfrau als an die Wäscherin macht 25 bis 50 Kreuzer wöchentlich aus. 33 Arbeiterinnen wird die Wäsche von der Mutter oder sonstigen Angehörigen gewaschen.

Wir forschten auch darnach, inwieweit sich die Arbeiterinnen mit Nähen beschäftigen müssen. Leider wurde diese Frage erst im Laufe der Erhebungen aufgenommen, so daß wir sie nur 42 mal beantwortet erhielten.

9 Arbeiterinnen bessern ihre Kleider und Wäsche aus. 7 bessern aus und decken auch durch eigene Arbeit ihren Bedarf an Wäsche, Blousen und Kinderkleidern und 3 nähen alles, auch ihre Kleider, selbst. 22 Arbeiterinnen brauchen nicht zu nähen. Die Flickarbeit wird ihnen von Angehörigen besorgt.

Wenn wir nun das Gesamtergebniß dieser Erhebung zusammenfassen, so finden wir, daß die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Buchbindereiarbeiterinnen sehr bedauernswerthe sind, obwohl es um die Arbeiterinnen dieses Gewerbes weit besser bestellt ist, als um die vieler anderer und auch bedeutend besser, als es vor einer gar nicht langen Reihe von Jahren noch um die Arbeiterinnen derselben

Branche bestellt war. Der allgemeine Buchbinderstreik im Herbst 1898 hat den Arbeiterinnen Verbesserungen ihrer Lage, insbesondere was Lohn und Arbeitszeit anbelangt, gebracht, die seither fast durchweg behauptet wurden.

In dem Protokoll¹ der großen Arbeiterinnenenquête, welche im Jahre 1896 in Wien abgehalten wurde, heißt es von den Löhnen der Buchbindereiarbeiterinnen: „Der Lohn schwankt zwischen 1,50 Gulden und 2 bis 8 Gulden. 8 Gulden dürften der höchste Lohn für Frauen sein. Wenn vielleicht unter den 1900 Arbeiterinnen der Branche eine oder zwei 9 Gulden haben, so kommt das keineswegs in Betracht. Die Tendenz des Lohnes ist eine sinkende.“ In einem immerhin beachtenswerthen Gegensatz zu diesen Angaben befinden sich diejenigen, welche uns über die Frauenlöhne gemacht wurden.

Löhne von 1,50 und 2 Gulden kommen fast gar nicht mehr vor, höchstens bei Anfängerinnen in der allerersten Zeit, und unter 544 Arbeiterinnen finden wir 12, welche mehr als 9 Gulden als Wochenlohn beziehen. Während nach den Angaben aus dem Jahre 1896 die Mehrzahl 4 Gulden bezog, fanden wir im Jahre 1900, daß die Mehrzahl einen Lohn von 5 bis 6 Gulden erhält. Das Protokoll aus dem Jahre 1896 giebt als den allgemein üblichen Arbeitstag 10 Stunden an, während wir gesehen haben, daß nunmehr ein Normalarbeitstag von 9 oder 9½ Stunden üblich ist.

Hingegen läßt sich in den sanitären Verhältnissen der Betriebe kein erheblicher Fortschritt bemerken. Luft, Licht, Beheizung und Reinlichkeit lassen sehr viel zu wünschen übrig und die gesundheitschädliche Arbeit an den Maschinen mit Fußbetrieb mag, verbunden mit den anderen sanitären Uebelständen sowie mit der niedrigen Lebenshaltung der Arbeiterinnen, der Anlaß zu den vielen Todgeburten und den so ungünstigen Gesundheitsverhältnissen sein, von denen wir berichtet haben.

Wenn wir die Angaben über die Lebenshaltung, hauptsächlich die Ernährung, welche uns gemacht wurden, mit denjenigen vergleichen, die das Protokoll über die Enquete vom Jahre 1896 enthält, so können wir auch hier eine Besserung verzeichnen. Trotzdem muß auch die jetzige Lebenshaltung und Ernährung der Buchbindereiarbeiterinnen noch immer als eine elende bezeichnet werden, was zum Theile dadurch zu erklären ist, daß die Erhöhung der Löhne durch die seither in Wien stattgefundene Erhöhung der Lebensmittelpreise bis zu einem gewissen Grade wettgemacht wurde. Ganz besonders elend sind die Wohnungsverhältnisse.

Mehr als an geringfügigen Verbesserungen in der gesammten Lebensweise zeigt sich die Wirkung der höheren Löhne darin, daß die Zugehörigkeit der Arbeiterinnen zur Fachorganisation stetig zunimmt und daß bescheidene Anfänge geistiger Regsamkeit und höhere Ansprüche an Lebensgenuß sich geltend machen.

Ein sehr erheblicher Theil der Buchbindereiarbeiterinnen Wiens sind Töchter von Buchbindern und sehr viele verheiratheten sich mit Fachkollegen, und der Fortschritt in der Lebenshaltung der gesammten Arbeiterschaft dieses Gewerbes zeigt sich auch darin, daß die jungen Mädchen in so großer Zahl (nach unseren Erhebungen 66,6 Prozent) bei Eltern und Verwandten leben und daß verhältnißmäßig so wenig Verheirathete unter den Arbeiterinnen vorkommen. Wir dürfen daraus schließen, daß viele wirklich Versorgung in der Ehe finden.

Ähnliche Untersuchungen wie die hier gepflogenen auf dem Gebiet der Frauenarbeit in verwandten Berufen, insbesondere der Kartonnage- und Papierarbeit, würden ein noch weit ungünstigeres Bild ergeben. Doch haben wir wahrlich keinen Grund, mit der Lage der Buchbindereiarbeiterinnen zufrieden zu sein, solange ein so entsetzlich großer Theil von ihnen zahlreichen Erkrankungen und chronischen Leiden unterworfen ist und solange die Kindersterblichkeit und die Todgeburten in einer nur zu vernehmlichen Sprache sagen, daß auch die Arbeitskraft der in den Buchbindereien beschäftigten Frauen in einer Weise ausgenützt wird, welche mit den Forderungen der Humanität und des Volkswohls ganz unverträglich ist.

¹ „Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Lohnarbeiterinnen“, Ergebnisse und stenographisches Protokoll der Enquete über Frauenarbeit, abgehalten in Wien vom 1. März bis 21. April 1896 (Wien 1897, Erste Wiener Volksbuchhandlung).

Wirthschaftliche Umschau.

Von Heinrich Cunow.

Berlin, den 4. März 1902.

Von der Fondsbörse. — Brüsseler Zuckerkonferenz. — Deutschlands Zuckerproduktion, -Konsum und -Ausfuhr. — Konventionsbeschlüsse. — Verschiebung der Zuckerverpreise. — Zuckerproduktion und -Handel der Vereinigten Staaten. — Deutsche Reichsfinanzen. — Schweizerischer Zolltarifentwurf.

Von der Börse läßt sich wenig Neues berichten. Die in der letzten Umschau charakterisirten Kursstrebereien haben auch während der zweiten Hälfte des Januar und der ersten Hälfte des Februar angehalten, trotzdem weder die Lage der Kohlen- noch der Eisenindustrie ein ausreichendes Motiv für die Aufwärtsbewegung lieferte und die schwankende Haltung des südafrikanischen Mineralmarktes ebenso wie die nervöse Unsicherheit der Wallstreet zur Vorsicht mahnen. Auch jetzt noch herrscht die optimistische Auffassung der Wirthschaftslage entschieden vor, wenn auch die ungünstigen Geschäftsberichte verschiedener tonangebender Hütten- und Bergwerksgesellschaften und die Jahresbilanzen der Nationalbank für Deutschland, der Berliner und Dresdener Bank die Spekulationslust merklich herabgestimmt haben.

Um so mehr nehmen einige andere wirthschaftliche Vorgänge die Aufmerksamkeit in Anspruch. Darunter besonders die Brüsseler Zuckerkonferenz, die nun doch endlich zu einer Verständigung gelangt ist, nachdem die Berathungen wohl ein halbes Duzend Mal ausgefetzt werden mußten, weil bald die Regierung des einen, bald die des anderen Staates Sondervorteile herauszuschlagen suchte. Und da, wie die Sonnabend-Debatte des Reichstags gezeigt hat, für die gefaßten Beschlüsse im grauen Ballot-Gebäude am Königsplatz eine entschiedene Mehrheit vorhanden ist, und andererseits die ungarische Regierung bereits der österreichischen ihr Einverständnis mit den Abmachungen ausgedrückt hat, darf die Annahme der Konventionsartikel als gesichert gelten.

Noch vor Kurzem konnte man zweifeln, ob die Konferenz nicht ebenso resultatlos verlaufen würde, wie die vorausgegangenen Pariser, Londoner und Brüsseler Konferenzen; doch angesichts der zunehmenden Ueberproduktion und der englischen Drohung, den Prämienzucker der kontinentalen Staaten mit Zuschlagszöllen bis zu 18 Schilling pro Doppelzentner belegen zu wollen, lenkten die Regierungen der Zucker exportirenden Länder ein, so ungern auch die deutsche und speziell die österreichische Regierung die in ihren Ländern bestehenden Kartelle fallen ließ, und so wenig es auf der anderen Seite dem Kabinet Waldeck-Müllerand in seine Politik paßte, gerade jetzt vor den Kammervahlen sich die Gunst der auf ihre bonis de fabrication verfassenen Zuckersabrikanten zu verschmerzen. Aber nachdem der Export nach den Vereinigten Staaten in Folge der von diesen erhobenen Ausgleichszölle und der wiedererstarrenden Konkurrenz des kubanischen Rohrzuckers immer mehr abnimmt, nachdem ferner auch Ostindien mit Kompensationszöllen nachgefolgt ist, blieb als ausnahmsfähiger Absatzmarkt nur England übrig, dessen Verschließung durch die angebrohete Einführung eines countervailing duty (Ausgleichszolls) um so sicherer eine allgemeine Katastrophe in Aussicht stellte, als in den letzten zehn Jahren nicht nur Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Frankreichs Zuckerproduktion beträchtlich gestiegen ist, sondern auch seitdem verschiedene Länder, die damals noch ansehnliche Mengen einführten, als Konkurrenten auf dem Weltmarkt erschienen sind, vornehmlich Rußland, Italien, Rumänien, Serbien.

Was die deutsche Zuckersabrikation anbelangt, so erzeugte sie im Betriebsjahr 1890/91 (vom 1. August bis 31. Juli) an Rohzucker aus Rüben (ohne Melasse) 1284486, in 1899/1900 1691288 Tonnen; die Gesamt-Rohzuckererzeugung belief sich auf 1886221 bezw. 1795479 Tonnen.

Davon wurden, in gewöhnlichen Konsumzucker umgerechnet, in Deutschland selbst verbraucht:

1890/91	470253	Tonnen, pro Kopf der Bevölkerung	9,5	Kilogramm
1895/96	668860	" " " " " "	11,1	"
1899/1900	764045	" " " " " "	13,7	"

Deutschland konsumiert also nur einen relativ kleinen Theil seines Zuckers selbst. Auch wenn man die beiden letzten Jahre als in gewisser Beziehung anormale außer Betracht läßt und auf die Jahre 1896/99 zurückgreift, ergibt sich, daß Deutschlands Eigenbedarf noch nicht zwei Fünftel seiner Produktion beträgt, denn in 1896/97 belief sich, ebenfalls auf gewöhnlichen Konsumzucker reduziert, die Ausfuhrmenge auf 1113769, in 1897/98 auf 937621 und in 1898/99 auf 909268 Tonnen. Und von diesem Gesamtexport gingen in den letzten Jahren etwa zwei Drittel nach England.

Gegenüber der englischen Forderung auf Abschaffung des Prämiensystems¹ und Ermäßigung der Schutzzölle gab es demnach für die deutsche Regierung, wie der Staatssekretär Freiherr v. Thielmann in der Sonnabend Sitzung des Reichstags zugestand, kaum einen anderen Ausweg, als sich dem Verlangen Englands zu fügen, wollte sie nicht der deutschen Uebererzeugung den sicheren Abfluß nach dem englischen Markte verschließen.

Durch diese Zustimmung zu den Konventionsbeschlüssen wird die deutsche Regierung gezwungen, vom 1. September 1903 ab ihre Ausführprämien aufzuheben und solange das Abkommen in Kraft bleibt, das heißt vorläufig bis zum September 1908, keine direkten oder indirekten Prämien wieder einzuführen, weder auf Zucker, noch auf bestimmte mit einem starken Zuckerzusatz hergestellte Waaren, wie zum Beispiel Konfituren, Biskuits, Schokolade zc. Ferner verpflichtet der Artikel 3 die vertragsschließenden Staaten, die bisher eine höhere Surtaxe (Differenz zwischen Konsumsteuer und Eingangszoll) als 6 Francs hatten, diesen sogenannten Ueberzoll auf mindestens 6 Francs herabzusetzen und zu dem ermäßigten Satze jedem Rüben- und Rohrzucker, der aus Vertragländern oder deren Kolonien kommt, Eingang in ihr Zollgebiet zu gestatten. Dagegen muß die Zuckereinfuhr aus solchen Ländern, die Fabrikations- oder Ausführprämien gewähren, mit einem der Höhe dieser Prämien entsprechenden Kompensationszoll belegt werden, falls nicht die betreffenden Vertragländer es vorziehen, solche Einfuhr ganz zu verbieten. Als befreit von diesen Verpflichtungen gelten Italien, Spanien, Rumänien und Schweden, solange sie sich auf die Produktion für ihren Eigenbedarf beschränken und keinen Zucker exportiren.

Für Deutschland wird durch diese Bestimmungen der Einfuhrzoll nicht auf 6 Francs (4,80 Mark), wie die bekannte Autorität des Bundes der Landwirthe, Dr. Köstke, in agrarischer Sachverständigkeit behauptete, sondern nur auf 24,80 Mark ermäßigt. Von dem 40 Mark betragenden Einfuhrzoll pro 100 Kilogramm, der jetzt von dem ins deutsche Zollgebiet eingehenden Zucker erhoben wird, gelten nämlich nur 20 Mark als eigentlicher Schutz Zoll, die anderen 20 Mark als Kompensation für die Inlands Konsumsteuer. Diese inländische Verbrauchsabgabe aber wird durch das in Brüssel getroffene Abkommen nicht berührt; sie bleibt bestehen. Nur der Ueber- oder eigentliche Schutz Zoll wird auf 6 Francs reduziert. Es wird sich also künftighin der Einfuhrzoll, statt wie bisher auf 40 Mark, auf 24,80 Mark pro 100 Kilogramm oder auf 12 $\frac{1}{2}$ Pfennig pro Pfund stellen.

Wie die Reduktion auf die Verkaufspreise des Inlandsmarktes wirken wird, läßt sich heute noch kaum beurtheilen. Natürlich wird eine Preis senkung stattfinden — aber in welchem Maße? In den jetzigen Preisen kommt nicht nur die Steuerbelastung, sondern auch die Preistreiberi des Zuckerartells zum Ausdruck, und es ist noch keineswegs ausgemacht, ob nicht vielleicht schon die durch den Ueberzoll von

¹ Die Ausführprämie für Rohrzucker von mindestens 90 Prozent Zuckergehalt beträgt zur Zeit in Deutschland 2,50 Mark pro Doppelcentner, für bessere Zuckerarten 3 Mark, für Raffinade in Broten 3,55 Mark.

6 Francs bewirkte Fernhaltung fremder Konkurrenz unter den veränderten Marktverhältnissen dazu ausreicht, auch fernerhin den Preistreibern der kartellirter Produzentengruppen Vorschub zu leisten, wenn auch selbstverständlich nicht in bisherigem Umfange. Andererseits aber sind die jetzigen Exportpreise durch die Ueberproduktion und Prämien dermaßen herabgedrückt, daß bestimmt anzunehmen ist, die Weltmarktpreise oder vielmehr die Preise auf den nicht zollgeschützten Auslandsmärkten werden nach dem Wegfall der Ausfuhrvergütungen beträchtlich steigen: eine Wirkung, die auch auf die Preisbildung des Inlandsmarktes nicht ohne Einfluß bleiben kann. Die jetzigen Exportpreise können jedenfalls als Grundlage für eine Berechnung nicht dienen. Während zum Beispiel in Hamburg, über das der größte Theil der Ausfuhr geht, noch am 2. Januar 1901 für greifbare Waare 9,15 Mark pro Zentner notirt wurden, sind von Ende Mai ab die Preise dermaßen gefallen, daß sie am 30. Dezember letzten Jahres den bisher unerhörten Tiefstand von 6,45 Mark, also 6½ Pfennig pro Pfund, erreichten.

Seinen Export nach England hat sich Deutschland durch seinen Beitritt zur Brüsseler Konvention vorläufig gesichert, denn wenn auch als sicher gelten kann, daß der Wegfall der Prämien dem Kolonialzucker die Konkurrenz auf dem englischen Markte erleichtert, so werden doch Jahre vergehen, bis er ernstlich dem deutschen Rübenzucker das Terrain wird streitig machen können. Dagegen wird die Aufhebung des Ausgleichszolls auf Zucker, zu der sich die Vereinigten Staaten im September nächsten Jahres werden verstehen müssen, dem deutschen Rübenzucker schwerlich wieder seine frühere Stellung auf dem amerikanischen Markte verschaffen. Die Verhältnisse haben sich hier vollkommen geändert. Während einerseits die inländische Zuckerproduktion der Union schnelle Fortschritte macht und im vergangenen Jahre schon über 5½ Millionen Zentner lieferte — die mit Zuckerrüben bebauete Fläche betrug 1898 erst 15 132, 1901 bereits 78 799 Hektar — erholt sich andererseits Kuba von den während der Kriegsjahre erlittenen Schlägen mehr und mehr und hat in der vorjährigen Kampagne bereits über 11½ Millionen Zentner Zucker produziert. Von der Gesamtzuckereinfuhr in die Union, die sich im letzten Jahre auf beinahe 42 Millionen Zentner (2,1 Millionen Tonnen) stellte, kommen denn auch nur rund 15 Prozent auf Rübenzucker, etwa 85 Prozent auf Rohrzucker, der zum größten Theil aus Kuba, Portorico, Zentral- und Südamerika, zum anderen Theil von den Hawaii-Inseln, den Philippinen, Ostindien u. s. w. stammt. Und dieser Import von kubanischem Zucker wird noch enorm steigen, wenn die seitens der kubanisch-amerikanischen Verwaltung geforderte Ermäßigung des Zolles für kubanischen Rohrzucker Geseßkraft erlangt. Zwar die von dem Generalgouverneur Kubas, General Wood, und der Insularabtheilung des Kriegsdepartements verlangte Zollreduktion von 33⅓ Prozent hat kaum Aussicht, gegen die Einsprüche der amerikanischen Zuckerproduzenten und des für sie eintretenden Ackerbaudepartements durchzudringen, wohl aber eine Reduktion um 25 oder mindestens 20 Prozent, für die nicht nur Roosevelt selbst, sowie ein großer Theil der Senatoren und der an kubanischen Unternehmungen beteiligten Kapitalisten, sondern auch der Zuckertrust eintritt, der seit Beendigung des spanisch-amerikanischen Krieges ausgedehnte Zuckerplantagen auf Kuba an sich gebracht hat.

Unter diesen Verhältnissen erscheint es selbst vom Standpunkt einer konservativen Wirtschaftspolitik als das Rathsamste, auf jede Weise den Konsum im deutschen Inland zu vermehren und dem Zuckergenuß weit mehr, als bisher geschehen, auch in den ärmeren Kreisen Eingang zu verschaffen. In Deutschland kommen von dem Gesamtgebrauch noch nicht 14 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, in den Vereinigten Staaten circa 29 Kilogramm. Gelänge es, den deutschen Konsum annähernd auf den Stand des amerikanischen zu bringen, alle Ueberproduktionsbeschwerden hätten — bei der Erhaltung der Produktion auf dem heutigen Stande — ein Ende. Aber Vorbedingung dazu wäre, daß es nicht nur bei der Reduktion des Ueberzolls auf 6 Francs bleibt, sondern daß auch die Konsumsteuer erheblich ermäßigt würde, und hierzu wird sich das Reichsschatzamt schwerlich bereit finden lassen, denn leer

und öde ist das Reichsportefeuille und dazu tauchen am nahen Horizont allerlei neue Flotten- und Heeresvermehrungsprojekte auf, die neue Geldmittel erfordern.

Nach der jüngst der Budgetkommission des Reichstags zugestellten „Berechnung des muthmaßlichen Ergebnisses des Reichshaushalts für das am 1. April ablaufende Rechnungsjahr 1901“ ergibt sich auf Grund der nach den Dezemberabschlüssen vorgenommenen Schätzungen der einzelnen Verwaltungen für den eigenen Reichshaushalt ein wahrscheinlicher Fehlbetrag von 50 916 000 Mark, zu dem bei den Ueberweisungssteuern an die Einzelstaaten ein weiteres Minus von 17 907 000 Mark hinzukommt, so daß sich das Gesamtdefizit auf 69 Millionen Mark stellt. Ein Defizit in solchem Betrag ist im bismarckischen neuen Deutschen Reiche noch nicht dagewesen. Diese glänzende Leistung blieb der Finanzkunst des neuen augufleischen Zeitalters vorbehalten. Allerdings hat der verschämt-entgegenkommende Bewilligungseifer der nationalmiserablen Parteiführer und namentlich des Zentrums dazu nicht wenig beigetragen.

Der Fehlbetrag des Reichshaushalts setzt sich aus Mehrausgaben im Betrage von 7 752 000 Mark und Mindereinnahmen im Betrage von 43 164 000 Mark zusammen. Wie selbstverständlich entfällt der größte Theil der Mehrausgaben auf die Verwaltungen des Heeres und der Marine, nämlich 4 997 000 Mark, während die Mindereinnahmen sich aus der Verminderung des Ueberschusses der Post- und Telegraphenverwaltung (circa 15 Millionen Mark), des Ueberschusses der Reichseisenbahnenverwaltung (12,2 Millionen Mark), des Antheils am Kleingewinn der Reichsbank (2,2 Millionen Mark), sowie aus den Mindererträgen verschiedener Steuern ergeben. So bringt zum Beispiel die Zuckersteuer voraussichtlich 4,4 Millionen, die Brennsteuer 2,6 Millionen, die Maischbottichsteuer 2 Millionen Mark weniger, als veranschlagt worden ist.

Die Deckung des Defizits fällt nach bisheriger Praxis dem nächstfolgenden Etat (für 1903) zur Last; da aber auch der Etat für 1902 voraussichtlich ebenfalls einen Fehlbetrag ergeben wird, bleibt nichts Anderes übrig, als neue Mittel zu beschaffen. Zwar versprechen die im neuen Zolltarifentwurf angelegten Zollerhöhungen für die Zukunft Mehrertragnisse; doch dann sind auch die geplanten Flotten- und Heeresverstärkungen fällig, und zudem will das Zentrum einen Theil dieser voraussichtlichen Mehrerträge für die Witwen- und Waisenversorgung reservirt wissen, durch die es seiner Anhängerschaft unter den Arbeitern sein Eintreten für die Getreide- und Viehzüchtel verdaulicher zu machen sucht. So bleibt nichts, als auf eine neue Steuerfuche hinauszuziehen. An welche Steuer die Regierung denkt, zeigt die Aeußerung des Unterstaatssekretärs v. Schraut bei der ersten Lesung des Haushaltsetats im Landesauschuß Elsaß-Lothringens, daß für die Tabaksteuer, insbesondere die Fabrikatsteuer, recht viele Gründe sprächen.

Auch auf handelspolitischem Gebiet mehrten sich die Erfolge Bülow-Posadowsky-Möllerscher Staatskunst. Nach vorausgegangenen Beratungen zwischen dem Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsdepartement, sowie dem Finanzdepartement hat jüngst der schweizerische Bundesrath seinen neuen Zolltarifentwurf fertiggestellt, auf dessen Gestaltung, wie deutlich erkennbar, der im Sommer vorigen Jahres veröffentlichte deutsche Entwurf wesentlich eingewirkt hat. Die schweizerischen Landesväter haben manches von der Posadowskyschen Geistesleistung profitirt. Wie sein deutsches Muster treibt auch der schweizerische Entwurf die Spezialisirung auf die Spitze, indem er nicht weniger als 1113 Positionen aufzählt; wie im deutschen Entwurf befinden sich unter seinen Zollerhöhungen viele, die nur den Zweck haben, Kompensationsobjekte zu schaffen, und ebenso spielt auch er mit der Zollkriegsdrohung, denn Artikel 4 bestimmt: „Für Waaren aus solchen Staaten, die die in der Schweiz erzeugten oder aus derselben kommenden Waaren mit hohen Zöllen belegen oder sie ungünstiger behandeln als die Waaren anderer Staaten, kann der Bundesrath die Ansätze des Generaltarifs jederzeit in dem ihm zweckmäßig erscheinenden Maße erhöhen.“

Daß das Vorgehen der deutschen Regierung in den anderen europäischen Staaten ein Schutzöllnerisches Echo finden würde, war vorauszusetzen; immerhin

durfte man annehmen, daß die Schweiz sich noch am wenigsten von der schutzöllnerischen Strömung fortretzen lassen werde. Wie der bundesrätliche Entwurf zeigt, ist aber auch sie vom Strudel erfaßt. 533 Positionen sehen Erhöhungen gegenüber den bestehenden Zollsätzen vor, für 436 Positionen sind die Sätze des bisherigen Generaltarifs resp. die in diesem enthaltenen Zollbefreiungen beibehalten, und nur 93 Positionen bringen kleine Ermäßigungen, die übrigens zum Theile wieder durch Zollerhöhungen für neugeschaffene Neben-Waarenarten ausgeglichen werden.

Von den Zollerhöhungen treffen eine ganze Reihe besonders die Einfuhr aus Deutschland; so sind die Zollsätze für Kleider, Wäsche, Putzwaaren, von denen Deutschland in 1900 für 12,1 Millionen Mark nach der Schweiz ausführte, vielfach um circa 50 Prozent erhöht worden, und ebenso für Baumwollwaaren und wollene Tuch- und Zeugwaaren (unbedruckt), von denen Deutschland in 1900 für 23,8 Millionen Mark nach der Eidgenossenschaft lieferte. Auch fertige Eisenwaaren (deutscher Export nach der Schweiz 1900 = 15,3 Millionen Mark) und Maschinen (in 1900 ohne Nähmaschinen = 9,2 Millionen Mark) sind theilweise mit 30- bis 50prozentigen Erhöhungen bedacht. Ferner sind erhöht die Zölle für:

Deutscher Export nach der Schweiz im Jahre 1900		Zollsatz pro 1000 Kilogramm
Leder	2,1 Mill. Mark	Von 8—16 auf 12—40 Francs
Schuhe	2,1 = =	= 130 auf 175 Francs
Zucker in Säcken	3,0 = =	= 9—12 auf 12—15 Francs
Wein in Fässern	1,1 = =	= 6 auf 15 Francs
Bier in Fässern	1,3 = =	= 5 auf 6 Francs
Pferde	3,0 = =	= 3 auf 10 Francs pro Stück.

Außerdem weisen noch die Zollsätze für Gemüse, Geflügel, Eier, Fleisch beträchtliche Steigerungen auf.

So zwingt der eine Staat den anderen, seine Tarife für die künftigen Vertragsverhandlungen zu erhöhen; und das Ende ist ein immer stärkeres Anziehen der Zollschraube.

Literarische Rundschau.

W. Hohoff, Waarenwerth und Kapitalprofit. Eine Einführung in das Studium der politischen Oekonomie. Paderborn, Junfermannsche Buchhandlung. 72 S.

Der Verfasser dieser Schrift ist kein Sozialdemokrat, er ist ein gläubiger katholischer Geistlicher, der als solcher schon vor fast dreißig Jahren eine Diskussion mit Bebel hatte, nicht über ein ökonomisches Thema, sondern über das Christenthum. Aber in so schroffem Gegensatz er auch zu den philosophischen und politischen Anschauungen von Marx steht, er ist einer der wenigen bürgerlichen Oekonomen, die der Marx'schen Theorie vom Werth und Mehrwerth unbefangen näher getreten sind, sie studirt, acceptirt und, was noch viel wichtiger, auch begriffen haben. Wer berufsmäßig gezwungen ist, allen möglichen Unsin über die Werththeorie zu lesen, auf den wirkt die Lektüre der vorliegenden Schrift wahrhaft erfrischend. Durch ihre klare Anschaulichkeit und leichte Faßlichkeit, sowie durch ihre Berücksichtigung fast aller wesentlichen Einwände, die gegen die Marx'sche Werththeorie erhoben worden sind, wird sie auch für Anfänger sehr empfehlenswerth.

Ein Kritiker aus den Reihen der Sozialdemokratie hat Herrn Hohoff vorgeworfen, er sei Partei. Uns ist dieser Vorwurf nicht recht verständlich. Will er sagen, Herr Hohoff sei nicht im Stande, unbefangen über die Marx'sche Werththeorie zu urtheilen, weil er sie als richtig anerkennt? Wäre das ein triftiger Einwand, dann dürften über die Werththeorie nur jene Leute schreiben, die selbst keine bestimmte Werththeorie verfechten. Das wären aber Leute, die von dieser Theorie nichts verstehen.

Oder gelten nur jene Leute als „Partei“, die zur Ueberzeugung von der Richtigkeit der Marx'schen Theorie gekommen sind, und sollen Herr v. Böhm-Bawerk

und sein Anhang dagegen von uns nicht als Partei, sondern als Vertreter der „reinen, voraussetzungslosen Wissenschaft“ angesehen werden? Sollte unser sozialistische Kritiker die „Partei“ nur auf sozialistischer und nicht auch auf bürgerlicher Seite sehen?

Wenn Jemand nicht „Partei“ ist, so ist es Herr Hohoff, den alles, was ihn parteiisch stimmen könnte, auf jene Seite drängt, die im Gegensatz zu Mary steht. Hat ihn trotzdem sein gründliches Studium der Literatur und der Dinge zu der Maryschen Theorie geführt, so gehört schon sehr viel Parteinahme gegen Mary dazu, ihn deswegen als Partei, also als befangen hinzustellen. K. K.

Brockhaus' Konversationslexikon. Vierzehnte, vollständig neubearbeitete Auflage. Viertes Band: Cespedes—Deutsches Theater. Mit 50 Tafeln, darunter 3 Chromotafeln, 1 Kupferstich, 13 Karten und Pläne und 196 Textabbildungen. 1056 S. gr. 8°. Fünfter Band: Deutsches Volk—England. Mit 54 Tafeln, darunter 5 Chromotafeln, 23 Karten und Pläne und 283 Textabbildungen. Leipzig 1901, F. A. Brockhaus. 1056 S. gr. 8°.

Die beiden lehterschieneren Bände der „revidirten Jubiläumsausgabe“ sind ihren Vorgängern, die im vorigen Jahrgang (S. 377) und in diesem (S. 478) ausführlich besprochen wurde, vollkommen ebenbürtig. Der Artikel China ist durch eine Karte Ostchinas bereichert und in der Geschichte die jüngsten Wirren bis zur Abreise Waldersees ganz besonders ausführlich behandelt. Dabei wird zwar die berühmte Hunnenrede nicht erwähnt, dafür aber in verständiger Weise auf die wirthschaftlichen Ursachen der chinesischen Empörung hingewiesen, die durch den Geheimbund der Ta-chuan (Gesellschaft der verbündeten Vaterlandsfreunde) oder Boyer, wie sie von den Europäern genannt wurden, nur organisiert, nicht hervorgerufen wurde. Das aufreizende Verhalten der christlichen Missionare, „die im Vertrauen auf den Schutz ihrer Heimathstaaten nicht immer die nöthige Rücksicht auf die Sitten des Landes nehmen zu brauchen glaubten“, wird nicht beschönigt.

Dagegen sind die Ursachen des Deutsch-französischen Krieges von 1870/71 noch in der alten, von keiner historischen Kritik beeinflussten Tendenzgeschichtschreibung der Rinderschulbücher dargestellt. Noch immer wird erzählt, daß Benedetti „in aufdringlicher Weise diese Zumuthung“ (nämlich den Verzicht des Erbprinzen Leopold auf die spanische Thronkandidatur) vorgebracht habe. Die Emser Depesche wird dabei gar nicht erwähnt! Unter dem Stichwort „Emser Depesche“ findet sich aber die allerliebste Schilderung, Bismarck habe die ihm von Abeken aus Emß telegraphisch übermittelten Forderungen Napoleons allen preussischen Gesandtschaften „in gekürztem und daher um so eindrucksvollerem Wortlaut mitgetheilt“. Jene Abänderung sei später vielfach als eigentliche Ursache des Krieges angesehen und Bismarck zum Vorwurf gemacht worden! — Eine recht harmlose Darstellung! Von Liebknechts Broschüre: „Die Emser Depesche“, kein Wort!

Die wirthschaftliche Lage Deutschlands erfährt namentlich im Hinblick auf die Verhandlungen über den Zolltarif eine eingehende Behandlung, die durch zahlreiche Statistiken und sehr instructive Karten erläutert ist. Neben einer Karte der deutschen landwirthschaftlichen Produktion bringt der fünfte Band eine Karte der deutschen Industrie, Bergwerks- und Hüttenproduktion und über den deutschen Welthandel, die gerade jetzt von großem Interesse und Werthe sind.

Der technische Inhalt ist, wie stets, sorgfältig bearbeitet und bis auf die neuesten Erfindungen und Entdeckungen ergänzt, so über Eisenbahnwesen, Elektrizität u. s. w., unter Anderem die Zonentheorie recht verständlich dargestellt. E. W.

P. Lechler, Die Wohnungsfrage und die preussischen Ministerialerlasse vom 19. März 1901. Berlin 1901, C. Hofmann & Co.

Die Schrift ist ein Vortrag, der auf der Delegirtenversammlung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands zu Speyer gehalten wurde, und enthält eine kurze Darstellung der von Lechler allein oder in Verbindung mit

Schäfte schon früher vorgetragene Ansichten. Der Verfasser will in erster Linie den Staat mit den Aufgaben der Wohnungsfürsorge betrauen; dieser dürfe die Initiative, Organisation, Ueberwachung und Kreditgewährung nicht aus der Hand geben. Dem Staate und zwar dem preussischen Staate bringt Lechler ein geradezu überwältigendes Maß optimistischer Vertrauens entgegen, während er von den Gemeinden nichts erwartet. Und dabei sind es gerade Gemeinden, allerdings einzelne Gemeinden mit fortschrittlich gesinnter Vertretung, die auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge nicht nur Anregungen gegeben, sondern auch sozialpolitische Fortschritte gemacht haben, während der Staat sich vollkommen ablehnend verhalten hat. Daß die Gemeinden zum großen Theile noch höchst reaktionär sind, ist ja eine alte Klage. Gerade der Staat hätte es aber in seiner Hand, durch eine Abänderung der reaktionären, veralteten Wahlrechte den Gemeindeverwaltungen neues Blut zuzuführen. Davon will aber der Verfasser, wie es scheint, ebenso wenig wissen wie der preussische Staat. Daher denn auch sein Vorschlag ständiger, von der Regierung gewählter Wohnungskommissionen unter staatlicher Leitung, dieser organisatorischen Ungeheuer, die ohne direkten Zusammenhang mit den breiten Schichten der Bevölkerung bleiben und deren Thätigkeit bei diesen kein Interesse und keine Unterstützung finden kann. Lechler ist eben noch vollständig von dem veralteten Patriarchalismus erfüllt, der glaubt, daß man so gewaltige Fragen, wie die Hausung der nichtbesitzenden Klassen, ohne deren intensivste Theilnahme lösen, daß ihre Lösung als ein Geschenk von oben ihnen gebracht werden kann. Und damit hängt aufs Engste der Mangel an Einsicht in die Thatsache zusammen, daß die durchgreifende Förderung der Wohnungsfrage von den politischen Machtverhältnissen bedingt ist und daß ohne eine Umgestaltung der Selbstverwaltung im demokratischen Sinne — die nur eine Folge der Verschiebung der letzteren sein kann — die Wohnungsfürsorge in ihren Anfängen stehen bleiben wird und muß.

C. H.

Oesterreichischer Arbeiternotizkalender für das Jahr 1902. 7. Jahrgang. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand.

Außer dem Raume für Notizen für jeden Tag und einem Inseratenanhang enthält der Kalender 144 Seiten Text. Neben einem Kalender, zwei beliebten Arbeiterliedern finden wir die gesetzlichen Bestimmungen über die Wehrpflicht und über die gewerblichen Hilfsarbeiter, dann das Organisationsstatut der Gewerkschaften Oesterreichs und ihr Strikereglement, eine Reihe wichtiger Adressen für Jeden, der mit der österreichischen Arbeiterbewegung zu thun hat, Posttarife, Verzeichniß der Maße, Tabellen zur Lohnberechnung, andere Rechnungsbehefte und endlich ein vollkommenes statistisches Handbüchlein auf 56 Seiten. Dieses enthält so ziemlich alles, was man als allgemeine Uebersicht über die österreichischen Verhältnisse auf Grund der Statistik zusammenstellen kann, Volkszahl, Verbreitung derselben nach Landestheilen, Größenklassen der Orte, Nationalitäten- und Berufsstatistik, Kirchen- und Unterrichtsstatistik, Statistik der Arbeiterversicherung, der Arbeitseinstellungen, der Gewerkschaften, der Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die Kriminalstatistik, Finanzstatistik, Wahlstatistik u. s. w. Es ist entschieden eine schöne Leistung, auf so engem Raume eine solche Fülle von Belehrungsstoff zu geben. Auch außerhalb Oesterreichs wird Derjenige, der sich über die Verhältnisse dieses „interessanten“ Staates rasch informieren will, nicht leicht ein billigeres und bequemeres Büchlein finden können, als diesen Notizkalender.

ad. br.

Splitter.

Die letzte Woche gehörte dem Andenken Victor Hugos. Ich schlug die Blätter wieder einmal auf, welche mich einst entzückt, verspürte jedoch nicht mehr den vollen alten Zauber. Man bewundert noch Phantasie und Rhetorik, gewahrt aber auch neben wunderbaren Partien erschreckend öde Flächen. Es ist bei

ihn mehr Deklamation, als die Wahrheit gestattet. Die literarischen Ökonomieernannten ihn zum großen Denker, während er bloß ein großer Träumer war. Und weder in seiner Prosa noch in seinen Versen ist der Ausdruck fester unerschütterlicher Gesinnung anzutreffen. Seiner Zeit gefragt, ob er für Ein- oder Zweikammersystem sei, antwortete er: „Ich bin für zwei Kammern; hätte ich aber die Republik zu organisiren, so würde ich für eine sein.“ Das hieß nichts anderes als feierlichen Schrittes auskneifen. Er liebte das — auch gegenüber dem Sozialismus. Wie Victor Hugo sich zu der „Affaire“ verhalten haben würde? Die Meinungen dürften getheilt sein. Zu seiner Ehre nehme ich an, er hätte den Platz neben Mercier & Cie. verschmäht, aber schwer, äußerst schwer wäre es ihm angekommen, der Werbung von dieser Seite zu widerstehen. In ihm besaß ja der Nationalismus seinen obersten Heiligen, den Nationalfranzosen, dem seither im Abendlande das ungeschlachte Gegenstück erwachsen ist. Von einer Reise durch Belgien, Deutschland und die Schweiz zurückgekehrt, schrieb er um 1840 herum folgende Sätze: „Damit der ewige Friede möglich, die Theorie zur Wirklichkeit wurde, bedurfte es zweier Dinge: eines Verkehrsmittels für den raschen Dienst der Interessen und eines zweiten für den raschen Austausch der Ideen; mit anderen Worten, eines einheitlichen Transportes und einer allgemeinen Sprache. Diese beiden Behikel, welche zur Folge haben, daß die Grenzen zwischen den Staaten und den Geistern langsam verschwinden, besitzen wir in der Eisenbahn und in der französischen Sprache. Sie bedeuten die Zivilisation, den Frieden. Man steigt in den Waggon und spricht französisch. Die Eisenbahn regiert durch ihre steghafte Schnelligkeit; die französische Sprache durch ihre Klarheit und die Ueberlegenheit ihrer Literatur. Sie ist unter allen die erste, sie ist auch die einzige. Jeder Gedanken, der nicht aus ihr hervorsprang, erlosch auch wieder. . . .“

Der Poet war noch ein jüngerer Mann, als er in solchem Tone sich äußerte. Weiser ist er in dieser Hinsicht aber auch später nicht geworden — er nebelte weiter. Das Manifest an die Völker Europas, welches er zur Pariser Weltausstellung von 1867 erließ, war thatsächlich wenig mehr als ein brünstiger Aufruf zur ewigen Anbetung von Paris, der „Stadt des Lichts“.

* * *

Der schweizerische Dichter Emanuel Fröhlich, welchem die patriotischen Schmäuse zuwider waren, brummte in seinen Keimsprüchen:

Wenn an des Landes Fest
Des Landes Armen kämen,
— Verwahrloßt wie sie sind —
Wie müßten wir uns schämen!

Nun, überall, auch in den Republiken wird dafür gesorgt, daß bei üppigen Wählern die Armen nicht stören. Gewiß hat auch Prinz Heinrich von Preußen auf seiner Fahrt durch die Anton von diesem widrigen Anblick nicht zu leiden; ihn umgiebt ein Wall verwahrloster Reicher. Ich möchte indessen die Herren der Trusts, welche voran sind, nicht gescholten haben. Im kapitalistischen Getriebe bedeuten sie die gleiche Konsequenz, wie die Jesuiten im Katholizismus. Charmante Leute, von denen man noch lernen wird und es ist von europäischen Fürstlichkeiten nur klug, wenn sie sich mit denselben zur rechten Stunde schon verbrüdern; wer weiß, „wie Hase läuft“. . . .

*